

Argentinien

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	9
Militärausgaben	11
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	14
Bewaffnung der Streitkräfte	15
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	21
Polizei und andere Sicherheitskräfte	23

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	26
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	26
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	27
Innere Lage im Empfängerland	31
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	33
Bedrohung von Alliierten	36
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	37
Unerlaubte Wiederausfuhr	40
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	41

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Deutschland ist traditionell ein wichtiger Lieferant von militärischen Gütern und Know-how für Argentinien. Deutschland lieferte in den letzten Jahren immer wieder Klein- und Leichtwaffen, Trainingsflugzeuge oder andere Rüstungsgüter - meist in Volumen im einstelligen Millionenbereich. Ablehnungen erfolgten unter Berufung auf Kriterium 7 des Gemeinsamen Standpunktes der EU (Risiko der Abzweigung oder unerlaubten Wiederausfuhr). Grundsätzlich ist Argentinien aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten derzeit aber kein bedeutender Rüstungsimporteur mehr (im Zeitraum von 2020 bis 2024 lag es weltweit auf Platz 63). Die drei wichtigsten Lieferanten in diesem Zeitraum waren Frankreich, die USA und Dänemark.

Argentinien verfügt über eine umfassende – weitestgehend staatlich kontrollierte – Rüstungsindustrie, welche jedoch in den 1990er Jahren einen enormen Rückgang verzeichnete und auch in den letzten Jahren unter mangelnden Investitionen litt. Eine Vielzahl von Klein- und Leichtwaffen, aber auch Großwaffensystemen für alle Teilstreitkräfte wurden oder werden auch unter Lizenz gebaut – hierunter eine ganze Reihe deutscher Entwicklungen. Grundsätzlich produzieren viele der Unternehmen aber auch zu großen Anteilen zivile Güter, da sie oftmals nicht auf dem internationalen Markt konkurrieren können und die nationale Nachfrage zu gering ist, als dass ein ausschließlicher Fokus auf Verteidigungsgüter möglich wäre.

Die argentinischen Streitkräfte umfassen rund 72.100 aktive Soldat:innen, wovon rund 42.800 im Heer, 16.400 in der Marine und 12.900 in der Luftwaffe dienen. Hinzu kommen 18.000 paramilitärische Kräfte der Gendarmerie sowie 13.250 der Küstenwache. Eine Reserve existiert nicht. Mit 1,6 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen liegt Argentinien unter dem globalen und regionalen Durchschnitt. Hauptaufgabe der Streitkräfte sind neben der Wahrung der staatlichen Integrität und der Grenzsicherung auch die Wahrung der inneren Sicherheit. Sie umfasst damit auch die Drogen- und Terrorismusbekämpfung. Hierzu sind die Streitkräfte grundsätzlich ausreichend ausgestattet und ausgebildet. Die in Nutzung befindlichen Systeme altern jedoch zunehmend und ihre Modernisierung wird durch Finanzierungsengpässe behindert. Insbesondere Luftwaffe und Marine sehen sich daher mit Einschränkungen konfrontiert.

Das argentinische Militär, die Polizei und weitere Einheiten machten sich in den Jahren der Militärdiktatur (1976 – 1983) schuldig an einer Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen wie systematischem Mord, Folter und Entführung von Dissident:innen. Die Aufarbeitung dieser Zeit dauert bis heute an. Aufgrund struktureller Reformen sieht sich das Militär – anders als die Polizei, der auch heute teilweise noch Folter, Korruption, Entführung oder gar Mord vorgeworfen wird – heute keinen gravierenden Vorwürfen an Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Dennoch genießt auch das Militär kein großes Vertrauen in der Bevölkerung. Nach mehreren Militärputschen und -regierungen im vergangenen Jahrhundert und damit einhergehendem Missbrauch staatlicher Institutionen ist das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitsorganen noch immer schwer beschädigt.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Argentinien ist fast allen zentralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Lediglich dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 sowie den Atomwaffenverbotsvertrag von 2021 ist das Land nicht beigetreten. Aktuell haben weder die UN noch die EU-Sanktionen gegen Argentinien verhängt.

Argentinien ist auch allen relevanten UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten. Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit werden durch die Verfassung geschützt und von der Regierung weitestgehend respektiert. Trotzdem gibt es immer wieder Berichte über Einschränkungen von Menschenrechten durch staatliche Kräfte. So sind etliche Fälle von tödlicher Polizeigewalt bekannt. Diese werden nur in Teilen strafrechtlich verfolgt. Straffreiheit von Sicherheitskräften bleibt ein großes Problem. Besonders in den Gefängnissen ist die Lage prekär. Trotz der Existenz einer robusten gesetzlichen Grundlage zur Verhinderung dieser, sind geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung weit verbreitet und bleiben häufig ungeahndet. Auch die Rechte indigener Personen werden – trotz eines verfassungsrechtlichen Anspruches – unzureichend geschützt.

Argentiniens neuere Geschichte ist durch politische Instabilität gekennzeichnet. Seit dem Ende der Militärdiktatur 1983 konnte sich jedoch eine lebendige Demokratie etablieren. Dennoch gibt es intern einige Spannungen, u. a. zwischen staatlichen Organen und indigenen Bevölkerungsgruppen. Auch nationale Drogenkartelle und transnationale organisierte Kriminalität stellen den Staat vor große Herausforderungen. Armut und Ungleichheit führen zu einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft. Die Wahl des Rechtspopulisten Javier Milei zum Präsidenten im November 2023 gilt auch als Ausdruck der Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Situation des Landes und der politischen Elite. Wie sich seine Wahl auf die innere Lage Argentiniens auswirken wird, bleibt noch abzuwarten.

Die meisten Staaten Südamerikas gelten als relativ demokratisch und stabil, mehrere Nachbarländer Argentiniens sind jedoch in warnendem Maße von staatlicher Fragilität betroffen. Transnationale Kriminalität (Waffen-, Menschen- und Drogenschmuggel) wirkt sich destabilisierend auf die gesamte Region aus. Auch Grenzstreitigkeiten – etwa zwischen Argentinien und Chile – führen immer wieder zu Konflikten. Im Bereich der Rüstungskontrolle arbeiten die Staaten der Region jedoch gut zusammen.

Argentinien ist auch allen wesentlichen internationalen Abkommen zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Die Implementierung bleibt jedoch lückenhaft. Die geographische Lage und unzureichend gesicherte Grenzen machen Argentinien zu einem Knotenpunkt für Drogen-, Waffen und Menschenhandel.

Der Endverbleib von gelieferten Waffen und Rüstungsgütern kann in Argentinien nicht immer sichergestellt werden. Korruption in den nationalen Sicherheits- und Streitkräften erhöht das Risiko der Proliferation. Darüber hinaus gibt es Berichte über illegale Waffenlieferungen von Argentinien nach Bolivien während der Unruhen 2019 in Bolivien. In der Vergangenheit hat Argentinien bereits gegen Waffenembargos verstoßen.

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 12.520 US-Dollar (2023) zählt Argentinien zu den Ländern mit einem gehobenen, mittlerem Einkommensniveau. Argentiniens Verschuldung ist jedoch sehr hoch. Auf dem Global Competitiveness Index von 2019 liegt

Argentinien mit 57,2/100 Punkten im Mittelfeld. Insgesamt ist Argentinien im Bereich der sozialen Entwicklung im regionalen und globalen Vergleich sehr positiv zu bewerten. Argentinien ist mit einem Wert von 0,849 Punkten dem Human Development Index (HDI) zufolge der HDI-Kategorien ein Land mit einer „sehr hohen menschlicher Entwicklung. Rüstungsimporte sind auf Basis von Kriterium 8 zunächst als „nicht kritisch“ zu bewerten. Ob der sich zuspitzenden wirtschaftlichen Krise des Landes, politischen Spannungen, und den Fällen von unerlaubter Wiederausfuhr sollten diese aber dennoch kritisch geprüft werden.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2002-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2002	Teile für Fregatten, Korvetten und U-Boote: 84,5 %	7,34
2003	Teile für Fregatten, U-Boote und Echolotanlagen: 57,1 % Teile für Kommunikationssysteme: 39,6 %	0,091
2004	Teile für Funkgeräte, Schiffskommunikationssysteme und elektronische Ausrüstung: 38,0 % Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte, Lenk- und Navigationsausrüstung: 26,0 % Bauteile für Torpedos 24,7 %	0,581
2005	Teile für Kampfflugzeuge und Bordausrüstung: 48,3 % Geländewagen und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge: 26,7 % Teile für U-Boote: 11,1 %	1,683
2006	Teile für U-Boote: 51,4 % Sauerstoffversorgungen und Teile für Kampfflugzeuge, Bordausrüstung: 38,3 %	9,057
2007	Pistolen, Jagdgewehre und Teile für Pistolen, Sportpistolen: 92,9 %	4,213
2008	Teile für Fregatten, U-Boote und Dieselmotoren: 39,9 % Fertigungsunterlagen für Patrouillenboote und Technische Unterlagen für hydraulischen Stellantrieb: 33,5 % Zündhütcheneinsatz- und Lackiermaschine, Kupferstauchzylinder und Teile für Herstellungsausrüstung: 23,5 %	6,796
2009	Teile für Kommunikationsausrüstung und Navigationsausrüstung: 37,8 % Teile für Sauerstoffversorgungen: 24,0 % Technische Unterlagen für Feuerleiteinrichtungen, Rohrmaschinenrichtgeräte und Sauerstoffregler: 10,9 % Tauchgeräte und Teile für Tauchgeräte: 9,4 %	0,641
2010	Herstellungsausrüstung für Munitionsteile: 34,6 % Teile für Kommunikationsausrüstung und Ortungssysteme: 30,7 % Teile für U-Boote, MEKO-Schiffe und Sonaranlagen: 27,6 %	0,889
2011	Teile für Kommunikationsausrüstung und Radarsysteme: 22,4 % Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Jagdselbstladeflinten, Waffenzielgeräte und Teile für Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre: 20,9 % Teile für Trainingsflugzeuge, Triebwerke und Atemgeräte: 18,0 % Wärmebildkamera: 12,4 % Teile für Torpedos: 12,3 %	2,872
2012	Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Echolotanlage: 45,1 %	1,409

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Technologie zur Entwicklung und Herstellung von Flugzeugteilen: 25,5 % Teile für Torpedos: 15,2 %	
2013	Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung: 43,8 % Pilotenhelme und Teile für Kampfflugzeuge, Trainingsflugzeuge, Sauerstoffversorgung, Schleudersitze: 43,3 %	11,485
2014	Bodenüberwachungsradar und Teile für Bodenüberwachungsradar: 25,5 % Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 24,0 % Teile für U-Boote, Versorger und Eisbrecher: 21,1 % Herstellungsausrüstung für Munitionsteile und Teile für Herstellungsausrüstung: 14,4 %	8,717
2015	Boden-Überwachungs-Radarsysteme und Teile für Boden-Überwachungs-Radarsysteme: 72,3 % Konzeptstudie Zerstörerantrieb: 6,6 % Teile für Ortungsausrüstung: 6,6 %	2,300
2016	Teile für Kampfflugzeuge: 67,2 % Ausrüstung für die Munitionsherstellung und Teile für die Ausrüstung für die Munitionsherstellung: 8,8 % Machbarkeitsstudie für Antriebskonzept für Kriegsschiffe und technische Unterlagen für Flugzeugteile: 7,4 %	26,460
2017	Boden-Überwachungsradar und Teile für Boden-Überwachungsradar: 32,7 % Teile für Kommunikationsausrüstung und Ortungsausrüstung: 24,5 % Teile für Kampfflugzeuge und Schleudersitze: 16,3 % Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine, Mündungsbremsen, Waffenzielgeräte und Teile für Revolver, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrwaffen-Lafetten, Mündungsbremsen: 14,2 %	2,919
2018	Bodenüberwachungsradar [Grenzsicherung] und Teile für Bodenüberwachungsradar [Grenzsicherung]: 60,7 % Teile für Kampfpanzer und amphibische Fahrzeuge: 20,3 %	4,160
2019	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 63,0 % Teile für Kampfflugzeuge und Sauerstoffversorgungssysteme: 32,5 %	3,791
2020	Teile für Kampfflugzeuge: 56,6 % Unfertige Erzeugnisse: 24,2 %	0,828
2021	Teile für gepanzerte Fahrzeuge und Kampfpanzer: 61,5 % Teile für Kampfflugzeuge und Ausrüstung für Luftfahrzeugbesatzung: 31,7 %	4,294
2022	Teile für Kampfflugzeuge und Schleudersitze: 84,5 %	3,48
2023	Teile für Schützenpanzer und Kampfpanzer: 81,0 %	3,99

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2002-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

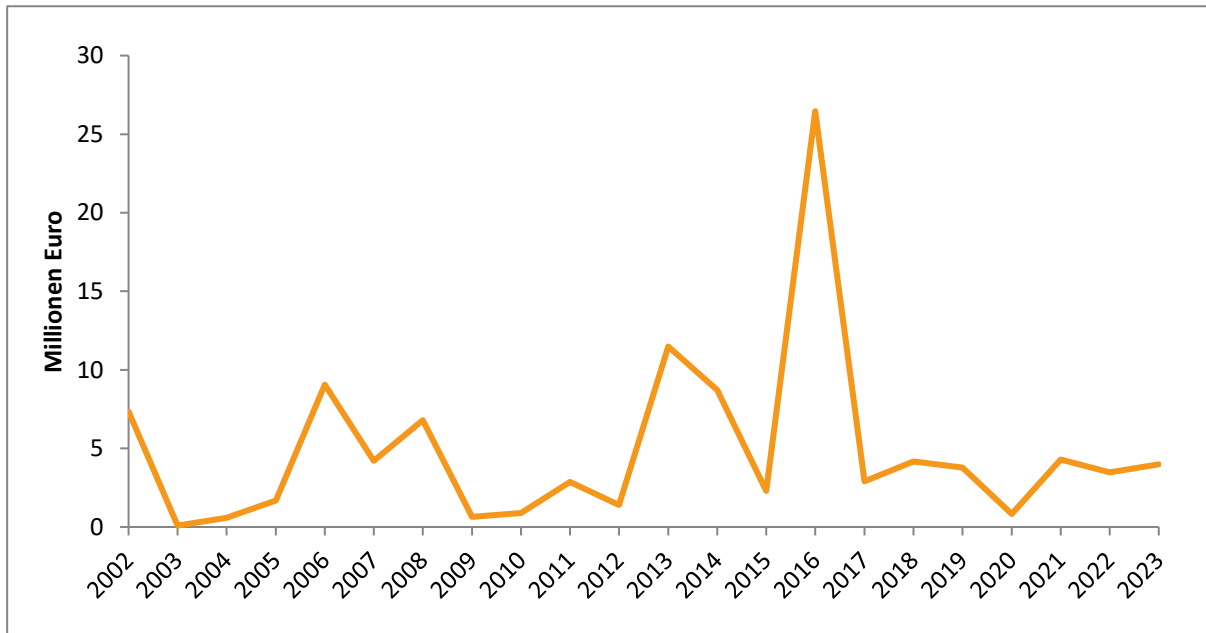
Deutsche Rüstungsexporte, 2002–2023

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Argentinien 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
6	MEKO-140	Fregatte	1979	1985-2004	6	Neuwertig
10	G-120TP	Trainingsflugzeug	2012	2013-2014	10	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist traditionell ein wichtiger Lieferant von Rüstungsgütern, Waffensystemen und technischem Know-how für Argentinien. Die Bedeutung hat aber stark nachgelassen, was primär auf eine gesunkene Gesamtnachfrage Argentiniens, seit der Jahrtausendwende zurückzuführen ist. Dennoch lieferte Deutschland auch in der jüngeren Vergangenheit immer wieder Klein- und Leichtwaffen – wie etwa Gewehre oder Maschinenpistolen und entsprechende Bestand- und Ersatzteile – sowie komplette Großwaffensysteme und Teile hierfür an Argentinien. Im Jahr 2016 wurde mit einem Wert von 26,5 Millionen Euro ein Exporthöchstwert erzielt, was Großteils auf Teile für Kampfflugzeuge zurückzuführen ist.

Lieferungen wurden jedoch auch wiederholt abgelehnt. Dies geschah ausnahmslos unter Berufung auf Kriterium 7 des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union (Risiko der

Abzweigung oder unerlaubten Wiederausfuhr militärischer Güter). So wurden im Jahr 2016 beispielsweise drei Lieferungen von Handfeuerwaffen im Wert von insgesamt 694.485 Euro abgelehnt. Gleichzeitig wurde jedoch die Ausfuhr von Kleinwaffen im Wert von 118.000 Euro (100 Sturmgewehre, 16 Granatwerfer) und weiteren als Kriegswaffen kategorisierten Gütern über 140.560 Euro genehmigt. Auch in den Jahren 2014, 2010, 2006 und 2004 wurden Anträge unter Verweis auf Kriterium 7 abgelehnt. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um Güter der Kategorie Handfeuerwaffen, teilweise aber auch um Munition, Simulations- und Übungsgeräte oder Maschinen zur Herstellung von Waffen und Munition.

An Großwaffensystemen lieferte Deutschland laut der Arms Transfer Database des Friedens- und Konfliktforschungsinstitutes SIPRI seit der Jahrtausendwende zehn G-120TP Trainingsflugzeuge im Wert von rund 26 Millionen US-Dollar sowie zwei von sechs MEKO-140 Fregatten (argentinische Bezeichnung: Espora). Alle sechs Fregatten wurden bereits 1979 geordert und unter Lizenz in Argentinien gebaut. Die erste Fregatte wurde bereits 1985 ausgeliefert, aufgrund von Finanzierungsengpässen verzögerte sich die Auslieferung der letzten beiden jedoch um 10 bis 15 Jahre, sodass diese erst in den Jahren 2000 und 2004 fertiggestellt wurden.

Zuvor lieferte Deutschland auch Schiffsabwehrtorpedos (120 SST Seal; 1974 bzw. 1981-85), Anti-Panzer-Raketen (500 COBRA und 100 Mamba; 1970 – 1973) sowie zwischen 1987 und 1988 40 gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs UR-416. Anfang der 1970er Jahre baute die deutsche Lürssen-Werft zudem zwei schnelle Angriffsschiffe der Intrépida-Klasse (TNC 45) für die argentinischen Seestreitkräfte, die noch immer in Nutzung sind und zuletzt im Jahr 2022 bei Übungen im Einsatz waren. 2023 bewilligte Deutschland Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 3,99 Millionen Euro Teile für Schützen- und Kampfpanzer.

Hinsichtlich des Exports von Großwaffensystemen und Know-how erlebte die Bedeutung Argentiniens für Deutschland ihre Hochkonjunktur in den 1970er und vor allem 1980er Jahren. So erhielt Argentinien nicht nur je zwei U-Boote der Typen 209/1200 und TR-1700 (die ersten wurden in Form von Bausätzen geliefert und unter Lizenz gebaut, letztere wurden von den deutschen Thyssen Nordseewerken gebaut), sondern sollte auch noch vier weitere U-Boote des gleichen Typs in Form von Komponenten, erhalten. Letztlich konnten diese vier weiteren TR-1700-U-Boote aber nicht finanziert werden. Trotz einer bereits erfolgten Lieferung einiger Komponenten musste das Projekt daher 1996 beendet werden. Auch Panzer (257 TAM), Schützenpanzer (139 VCTP) sowie Fregatten (vier des Typs MEKO-360) wurden unter deutscher Lizenz in Argentinien gefertigt (mehr zu Technologietransfers unter „[Lokale Rüstungsindustrie](#)“).

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Argentinien 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	7	77	50	21	43	199

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

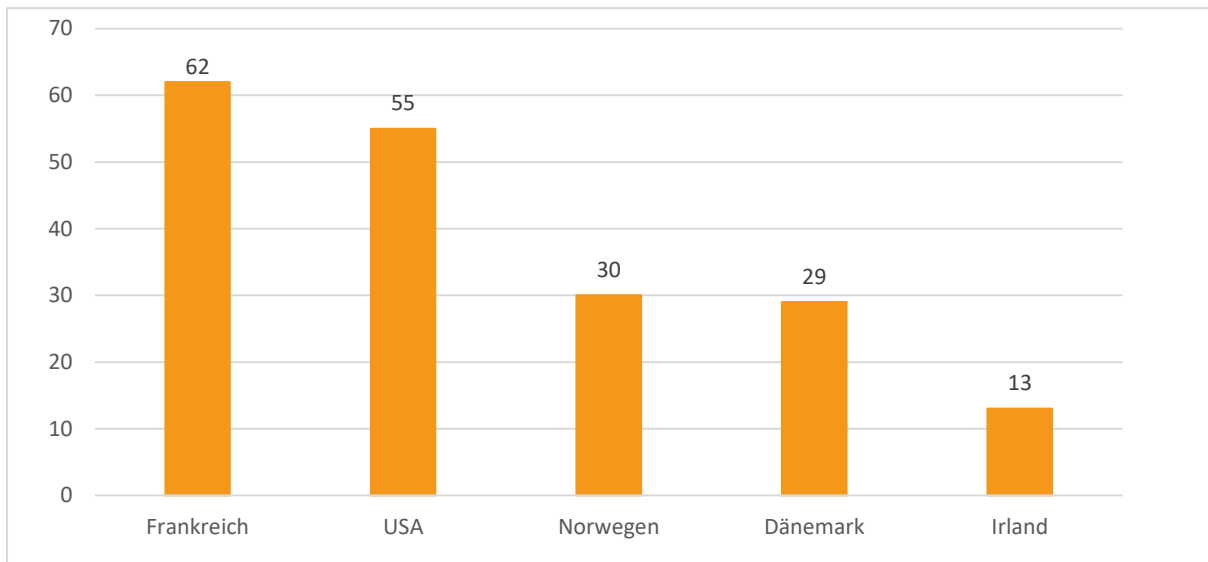
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Argentinien 2020-2024, Mio. TIV

Da Deutschland in den Jahren 2020 bis 2024 keine kompletten Großwaffensysteme nach Argentinien geliefert hat, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://sipri.org/databases/armstransfers/sources-and-methods#TIV-tables>

Schaubild 2**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2025) nahm Argentinien im Zeitraum von 2020 bis 2024 die 63. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Die wichtigsten Lieferanten für Rüstungsgüter in diesem Zeitraum waren Frankreich (mit 31 % aller Lieferungen), die USA (28 %), Norwegen (15 %), Dänemark (14 %) und Irland (7 %).

So lieferte Frankreich seit 2015 bspw. vier Gowind Fregatten (eine davon gebraucht; argentinische Bezeichnung: Bouchard), ein Vigile-200 System zur Modifikation eines Learjet-35 Transportflugzeuges zu einem elektronischen Aufklärungsflugzeug (ELINT bzw. SIGINT) sowie fünf gebrauchte, aber modernisierte Super Etendard Bodenkampfflugzeuge, acht w-möglich gebrauchte Atar-8 Strahltriebwerke (vermutlich für besagte Kampfflugzeuge) sowie fünf Bodenradargeräte (Ground-Observer 80).

Aus den USA importierte Argentinien seit 2010 vornehmlich, meist gebrauchte, Helikopter (sieben Bell-412, sechs Bell-407, zwei S-61/H-3A Sea King, fünf Bell-206/OH58 und bisher zehn von elf geordneten UH-1H Huey 2), leichte Transport- und Trainingsflugzeuge (16 Transportflugzeuge, von denen sieben noch zur Lieferung ausstehen, und 12 bewaffnete PC-9 Trainingsflugzeuge in der T-6C+-Version). Außerdem importierte Argentinien 20 Mantelstromtriebwerke (TFE-731) aus den USA zur Modernisierung von AI-63 Pampa Trainings- und Kampfflugzeugen. 2024 wurde zudem ein Transportflugzeug des Typs ERJ geliefert.

Aus Dänemark bezog Argentinien bis 2023 sechs Luft- und See-Suchradare (Scanter 4100 und Scanter-6000) für die französischen Gowind-Fregatten, und orderte 2024 zudem 24 gebrauchte F-16AM Kampfflugzeuge, deren Lieferung für 2025 bis 2028 geplant ist. Dieser 300 Mio. US-Dollar umfassende Auftrag wurde durch das Foreign Military Financing Programm der USA unterstützt (mit 40 Mio. US-Dollar) und beendete Überlegungen über einen alternativen Kauf von chinesischen JF-17 Thunder Flugzeugen.

Irland lieferte unterdessen ein gebrauchtes Boeing-737NG Transportflugzeug, Schweden seit 2010 insgesamt 130 tragbare Luftabwehrsysteme.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

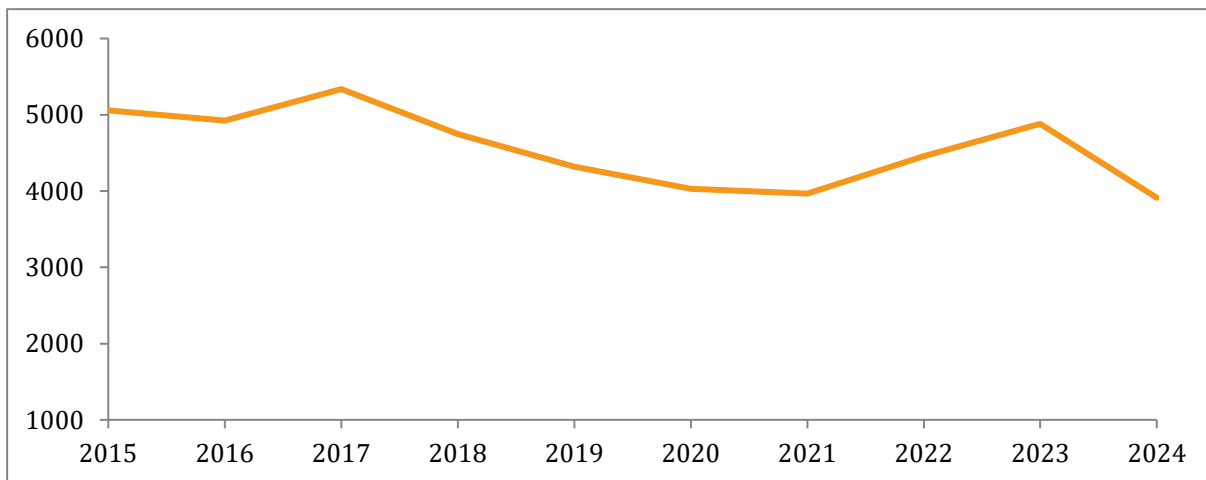
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4029	3968	4459	4882	3913
Anteil am BIP (in Prozent)	0,7	0,6	0,7	0,8	0,6
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	1,7	1,7	1,8	2,0	1,9

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

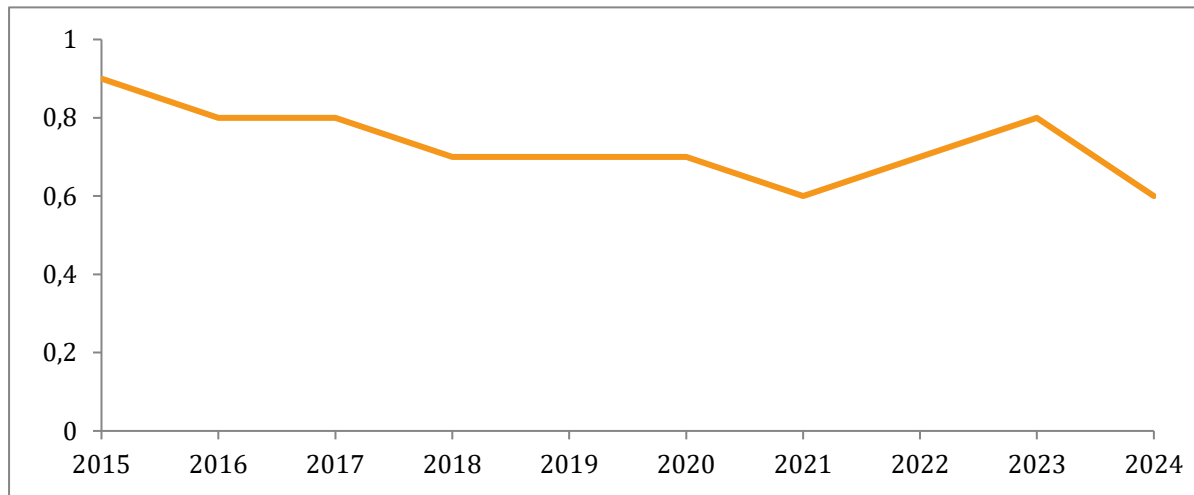
Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Lokale Rüstungsindustrie

Argentinien verfügt, trotz einer deutlichen Verkleinerung der Verteidigungsindustrie in den 1990er Jahren, über Produktions- und Wartungskapazitäten für Systeme aller Teilstreitkräfte. Aufgrund mangelnder Investitionen verzeichnete die Rüstungsindustrie auch in den letzten Jahren eine leicht rückläufige Entwicklung und viele der Unternehmen produzieren zu großen Anteilen wieder zivile Güter. Grundsätzlich unterstehen die wichtigsten Unternehmen und Forschungszentren staatlichen Organen wie dem Verteidigungsministerium oder sind teilweise direkt den Teilstreitkräften zugeordnet. Diese sind in vielen Fällen selbst für die Beschaffungen benötigter Ausrüstung zuständig. Lediglich größere Investitionen werden vom Verteidigungsministerium ausgeschrieben und in Auftrag gegeben.

Die Ursprünge der argentinischen Verteidigungsindustrie gehen bereits auf die 1930er und 1940er Jahre zurück. Da Argentinien zum Aufbau der Industrie auf ausländisches Know-how angewiesen war, warb es besonders nach dem Zweiten Weltkrieg unter anderem deutsche Ingenieur:innen und Rüstungsexpert:innen des ehemaligen NS-Regimes an. So emigrierte bspw. Kurt Tank mit anderen Kolleg:innen der Focke-Wulf-Werke nach Argentinien. Der Luftfahrtingenieur war an der Weiterentwicklung des argentinischen Flugzeugbauers Fábrica Militar de Aviones (FMA, bzw. heute: Fábrica Argentina de Aviones SA (FAdeA)) und ab 1947 am Entwurf und Bau des ersten südamerikanischen Düsenjagdflugzeuges (Pulqui I bzw. II) beteiligt. Das 1927 gegründete Unternehmen umfasste zeitweise mehr als 300 Fabriken und beschäftigte rund 9.000 Personen. Es stellt noch heute mit rund 1.000 Mitarbeiter:innen einen der wichtigsten Flugzeugbauer Argentiniens dar und baute ab 1965 bspw. Flugzeuge des Typs Cessna 182 in Lizenz, entwickelte aber auch eigene Trainings- und Kampfflugzeuge (bspw. das Schulflugzeug Pampa). Nach zwischenzeitlichem Verkauf in den 1990er Jahren an Lockheed Martin befindet es sich seit 2009 wieder in den Händen des argentinischen Staates und stellt das Produktionszentrum der Luftwaffe dar. Ein weiteres Luftfahrtunternehmen,

das 1970 gegründete Unternehmen Cicaré Helicópteros baut mit dem Cicaré CH-14 leichte Mehrzweckhelikopter, die sowohl zu Aufklärungszwecken als auch als Kampfhubschrauber eingesetzt werden können. Entwicklungen für die eigenen Luftstreitkräfte werden oftmals von der Generaldirektion für Forschung und Entwicklung (DGID) koordiniert. So wurde zum Beispiel 2021 die Entwicklung einer neuen Tordo-Maschinengewehrkapsel abgeschlossen, die derzeit in den Luftstreitkräften erprobt wird. Die Serienproduktion übernimmt voraussichtlich Área Material Río Cuarto (ARMACUAR), eine Einheit der Luftwaffe, die für Materialbeschaffung, Entwicklung, Instandhaltung und Planung zuständig ist.

Ein weiteres zentrales Rüstungsunternehmen ist das 1941 gegründete staatliche Konglomerat Dirección General de Fabricaciones Militares (DGFM). Das Konglomerat umfasste bereits vier Jahre nach der Gründung 14 Unternehmen, beschäftigte 18.000-20.000 Arbeiter:innen und erwirtschaftete zeitweise bis zu fünf Prozent des Bruttonationaleinkommens. Ab 1973 wurde u.a. der Westdeutsche TAM-Panzer (*Tanque Argentino Mediano* – basierend auf dem Schützenpanzer Marder 1) in Lizenz gebaut und bald darauf in den Iran bzw. nach Peru und Jordanien exportiert. Von dem vom deutschen Unternehmen Rheinmetall für die argentinischen Streitkräfte konzipierten mittelschweren Panzer wurden zwischen 1976 und 1986 rund 137 Stück als Bauteile geliefert. Zwischen 1994 und 1998 baute Argentinien weitere 120 Stück in Lizenz. Diese ursprünglich ebenso für den Export vorgesehenen Modelle der zweiten Charge fanden aber keine Abnehmer und wurden daher in den eigenen Streitkräften eingeführt. Auf dem TAM-Panzer aufbauend entwickelte Rheinmetall auch das Infanteriekampffahrzeug Vehículo de Combate Transporte de Personal (VCTP), von dem Argentinien 139 Stück in Form von Bauteilen aus Deutschland erhielt. Beide Fahrzeuge wurden auf argentinischer Seite vom staatlichen und eigens hierfür gegründeten Unternehmen TAMSE (*Tanque Argentino Mediano Sociedad del Estado*), einer Tochtergesellschaft der DGFM gebaut. Es ist somit dem Verteidigungsministerium angegliedert und stellt neben zivilen Gütern und den genannten Kampffahrzeugen auch Artilleriesysteme (bspw. Haubitzen, Mörser usw.), Munition, sowie Klein- und Leichtwaffen her. Unter letzteren befinden sich sowohl Waffen, die unter Lizenz gebaut werden (seit 2016 etwa das ARX-200 Sturmgewehr von Beretta), als auch eigens entwickelte Maschinenpistolen und -gewehre.

Das 1934 gegründete Astillero Río Santiago (ARS) stellt heute noch das wichtigste nationale Schiffsbauunternehmen dar, produziert derzeit aber ebenso wieder vermehrt zivile Schiffe und beschäftigte 2011 nur noch rund 2.870 Personen. Der Höhepunkt des argentinischen Schiffbaus war demnach in den 1960er bis 1980er Jahren, als rund 60.000 Menschen in dem Sektor beschäftigt waren. Neben ARS sind auch die 1943 bzw. 1953 gegründeten Werften Tandanor sowie Río Santiago Shipyard bedeutende militärische Schiffsbauer. Letzterer beschäftigte 2008 nur noch rund 2.700 Arbeitnehmer:innen, baut aber weiterhin Fregatten, Korvetten, Zerstörer und ähnliche Kriegsschiffe. So baute diese Werft bspw. die sechs deutschen MEKO 140-Korvetten in Lizenz, die zwischen 1985 und 2004 ausgeliefert wurden. Im März 2023 wurde bekannt, dass beide Werften ein Mehrzweck-Landungsschiff für die argentinische Marine entwickeln sollen.

In den frühen 70ern begann das 1954 gegründete staatliche Instituto de Investigaciones Científicas y Técnicas para la Defensa (CITEDEF, bis 2007 CITEFA) mit der Entwicklung von Raketen. So entwickelte das Forschungszentrum mit deutscher Hilfe – mit der Condor II eine ballistische Mittelstreckenrakete und lieferte hiervon jeweils 200 Stück an den Irak und Ägypten (Badr 2000). Das Projekt wurde 1993 jedoch eingestellt. Im Laufe der Zeit entwickelte das Institut ebenfalls Artilleriegeschütze (wie L33, CALA 30), Mehrfachraketenwerfer (Pampero),

Panzerabwehrraketen (Mathogo, MARA) und weitere Raketen (Martin Pescador MP-1000, AS-25K, Aspide) sowie Sensortechnik.

Die bereits 1976 gegründete staatliche Gesellschaft für angewandte Forschung, INVAP SE (Investigaciones Aplicadas Sociedad del Estado) baut unter anderem Nuklearreaktoren, Komponenten für die Raumfahrt und andere Hochtechnologie. So entwarf sie etwa Test- und Forschungsreaktoren für Ägypten, Algerien, Australien und Peru und stellt in Lateinamerika ein führendes Unternehmen hinsichtlich Raumfahrt dar. Ein unter der Militärdiktatur (1976–1983) angestrebtes Programm zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen wurde nach 1983 jedoch wieder eingestellt. Heute liegt der rüstungsindustrielle Fokus der INVAP SE vermehrt auf Aufklärungs- und Überwachungstechnologien.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

72.100 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 42.800

Marine: 16.400

Luftwaffe: 12.900

Reserve: keine

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 31.250, davon:

Gendarmerie: 18.000

Küstenwache (Prefectura Naval): 13.250

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	74	74	74	74	72	72	72	72	72
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Laut dem IISS umfassen die argentinischen Streitkräfte (*Fuerzas Armadas de la República Argentina*) rund 72.100 aktive Soldat:innen, wovon rund 42.800 im Heer, 16.400 in der Marine und 12.900 in der Luftwaffe dienen. Hinzu kommen 18.000 paramilitärische Streitkräfte der Gendarmerie sowie 13.250 der Küstenwache (Prefectura Naval); eine Reserve wird nicht unterhalten. Zudem unterhält Argentinien einen Bundesnachrichtendienst (Agencia Federal de Inteligencia; AFI), eine Nationaldirektion für strategische und militärische Aufklärung (Dirección Nacional de Inteligencia Estratégica Militar) und eine Nationaldirektion zur Aufklärung von Kriminalität (Dirección Nacional de Inteligencia Criminal).

Die Wehrpflicht wurde bereits 1995 abgeschafft, die bis dahin durch ein Lotterieverfahren geregelt war. Mit 1,6 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen liegt Argentinien sowohl unter dem globalen Durchschnitt von rund 3,8 als auch unter dem regionalen Durchschnitt von 3,2 (Chile 3,6; Uruguay 6,1; Paraguay 1,9; Bolivien 2,9 und Brasilien 1,7). Die Streitkräfte wurden im Jahr 2019 um rund 2.000 Personen reduziert und ihre Befugnisse auf Grenzkontrollen und Terrorismusbekämpfung beschränkt. Daneben dienen die Streitkräfte jedoch aber auch in der Drogenbekämpfung bzw. zur Sicherstellung der inneren Sicherheit. Teilweise arbeiten sie dazu mit den Streitkräften Boliviens und Paraguays zusammen. Die argentinischen Streitkräfte nehmen regelmäßig an multinationalen Übungen teil und stellen regelmäßig Truppen in UN Peacekeeping-Missionen, wo sie 2025 mit 290 Soldat:innen weltweit der 35. größte Truppensteller waren. Zudem unterhält Argentinien gemeinsam mit Chile eine Friedenssicherungstruppe, die Combined Southern Cross Peacekeeping Force, die den Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt werden soll. Sie umfasst ein chilenisches und ein argentinisches Bataillon, ein Kommando- und Serviceunternehmen, eine Luft-, eine Marinekomponente sowie eine kombinierte logistische Unterstützungseinheit.

Die Ausrüstung der Streitkräfte altert zunehmend. Eine Modernisierung wird jedoch schon länger durch Finanzierungsengpässe behindert. So wurde im September 2020 etwa ein Verteidigungsfonds (FONDEF) zur Modernisierung und für Beschaffungen eingerichtet, die Investitionen hierin kamen aber im Zuge der jüngsten Wirtschaftskrise zum Erliegen. Die Mittel hieraus sollen grundsätzlich auch der lokalen Industrie zugutekommen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	231	TAM und TAM S21
Leichte Panzer	117	
Aufklärer	47	
Schützenpanzer	232	VCTP und M113A2
Bergepanzer	einige	<i>Greif</i>
Gepanzerte Mannschaftstransporter	278	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Artillerie	1.108	42 Selbstfahrende, 172 gezogene, 8 Mehrfachraketenwerfer sowie Mörser
Transportflugzeuge	13	
Trainingsflugzeuge	5	
Mehrzweckhubschrauber	5	
Transporthubschrauber	62	Davon 59 leichte Helikopter, sechs UH-1H Iroquois bewaffnet
Panzerabwehr	153	Davon 150 rückstoßfreie Abschussgeräte
Luftabwehr	229	Anzahl der gezogenen Geschütze, zzgl. einige RBS-70 zur Punktabwehr

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Das Heer der argentinischen Streitkräfte umfasst 42.800 Personen und ist mit insgesamt 905 gepanzerten Kampffahrzeugen ausgestattet. Von diesen entfallen 231 auf Hauptkampfpanzer des Typs TAM, 117 auf leichte Panzer vornehmlich des Typs Kuerassier SK-105A1 und -A2, 232 auf Schützenpanzer und 278 auf gepanzerte Mannschaftstransporter sowie Aufklärungsfahrzeuge. Sowohl die Hauptkampfpanzer als auch die Hälfte der Schützenpanzer (VCTP) gehen auf deutsche Entwicklungen zurück und wurden unter Lizenz gefertigt (siehe mehr hierzu unter „[Lokale Rüstungsindustrie](#)“). Die meisten Kuerassier-Panzer erhielt Argentinien zwischen 1978 und 1981 aus Österreich, die restlichen Schützenpanzer sowie Mannschaftstransporter (vornehmlich M113) erhielt es zwischen 1967 und 1973 aus den USA. Im Jahr 2000 bezogen die argentinischen Streitkräfte erneut 77 Stück hiervon; diese waren jedoch bereits gebraucht. Daneben finden sich in den Beständen Bergepanzer, Panzerabwehrsysteme (u. a. 150 rückstoßfreie M-1968 Geschütze aus eigener Herstellung) sowie insgesamt 1.108 Artilleriegeschütze (42 selbstfahrende und 172 gezogene Geschütze, acht Mehrfachraketenwerfer sowie 886 Mörser verschiedener Kaliber). Auch die Artilleriegeschütze wurden Großteils bereits in den 1970er Jahren angeschafft.

An Fluggeräten unterhalten die Landstreitkräfte lediglich 13 leichte Transport- und fünf Trainingsflugzeuge sowie insgesamt 67 Helikoptern (fünf Mehrzweck und 62 leichte bis mittlere Transporthelikopter). Die Luftverteidigungskapazitäten beschränken sich auf Boden-Luft-Lenkwaffensysteme (RBS 70) und rund 229 gezogene Geschütze von Kalibern zwischen 20 und 35 mm.

Viele der genutzten Waffensysteme sind argentinische Eigenentwicklungen oder wurden eigens unter Lizenz gebaut. Ein großer Teil der Geräte gilt aber als alternd oder veraltet und stammt aus den 1960er bis 1980er Jahren. Dies gilt auch für die Standardwaffe der Streitkräfte, das FN FAL Gewehr. Dieses soll wahrscheinlich durch Gewehre des Typs Beretta ARX-160, ARX-200 ersetzt werden. Hierzu soll bereits 2016 ein entsprechender Vertrag unterzeichnet und entsprechende Testprogramme durchgeführt worden sein. Die Lizenzproduktion soll im Jahr 2021 gestartet worden sein; nähere Informationen liegen bis dato jedoch nicht vor.

Tabelle 8**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	TR-1700 und T-2019/1100, beide nicht einsatzfähig seit 2013 bzw. 2015
Zerstörer	1	als schnelles Truppentransportschiff eingesetzt
Fregatten	3	
Patrouillenboote	24	
Davon Korvetten	9	
Amphibienfahrzeuge	6	LCVP
Logistik und Unterstützungsschiffe	18	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 2**Weitere Marineeinheiten****Marineflieger (Naval Aviation):**

4 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr

7 Transportflugzeuge

10 Trainingsflugzeuge (alle bewaffnet)

2 Helikopter zur U-Boot-Abwehr

1 Mehrzweckhubschrauber

6 Transporthubschrauber

Einige luftgestützte Raketen (R-550 Magic, AM39 Exocet)

Marineinfanterie

12 Aufklärungsfahrzeuge

31 gepanzerte Mannschaftstransporter

11 gepanzerte Amphibienfahrzeuge

7 gepanzerte Bergungsfahrzeuge

30 rückstoßfreie Panzerabwehrgeräte

89 Artilleriegeschütze

Mehr als 4 Luftabwehrgeschütze und Boden-Luft-Raketen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Marine umfasst 16.400 Soldat:innen, von denen 2.000 den Marinefliegern und 2.500 der Marineinfanterie zugeordnet sind. Die Aufgabe der Marine umfasst unter anderem den Schutz inländischer Flüsse und der Küstengewässer. Hierzu werden auch Übungen mit den chilenischen Streitkräften abgehalten (bspw. „Viekaren 2022“); etwa um den Schutz des Beagle-Kanals zu sichern, welcher die Grenze zwischen beiden Ländern bildet. Die Marine wird zudem immer wieder eingesetzt, um gegen illegale Fischerei durch ausländische Fischerboote vorgeht. So wurde 2016 ein chinesisches Fischerboot von der Marine versenkt und 2020 mindestens zwei ausländische Schiffe gekapert. Um dieser zusätzlichen Aufgabe nachkommen zu können, sollen nun zwei Korvetten der Espora-Klasse für Patrouillenaufgaben umgerüstet werden.

Grundsätzlich besaß die argentinische Marine lange eine sehr schlagkräftige Flotte. So verfügte sie bis 1997 bspw. noch über einen Flugzeugträger - zeitweise waren sogar zwei im Einsatz – sowie über eine größere U-Boot-Flotte. In den letzten 30 Jahren hat sie jedoch einige ihrer Fähigkeiten eingebüßt. Derzeit altern die eingesetzten Systeme zudem zunehmend. Im Jahr 2017 sank ein 1985 in Dienst gestelltes U-Boot (ARA San Juan) des deutschen Thyssen-Konzerns, nachdem es aufgrund technischer Mängel zu einer Explosion gekommen sein soll. Die gesamte Besatzung von 44 Menschen ertrank dabei. Unter anderem dieser Vorfall veranlasste den früheren Präsidenten Macri im Jahr 2018, dem Militär höhere Ressource für die Modernisierung und Beschaffung zur Verfügung zu stellen.

Derzeit verfügt die Marine nur noch über zwei U-Boote (ein deutsches TR-1700 und ein T-209/1100), die beide derzeit nicht (voll) einsatzfähig sind. Erstere erfährt seit 2015 ein Midlife-update, das noch immer nicht abgeschlossen ist. Das zweite – die ARA Salta (S-31) - soll derzeit nur noch für eingeschränkte Übungen, zur Grundausbildung und als Ausbildungsplattform für Taucher genutzt werden. Darüber hinaus verfügt die Marine über einen Zerstörer (Hercules), der als schnelles Truppentransportschiff genutzt wird sowie vier Fregatten (deutsche MEKO-360), neun Korvetten (sechs davon deutsche MEKO-140), 15 weitere Patrouillenboote, sechs Amphibien- bzw. Landungsfahrzeuge und 16 Logistik- und Unterstützungsschiffe. Der Zerstörer wurde ab 1981 unter Lizenz in Argentinien gebaut und auch die meisten Patrouillenboote und weitere Schiffe stammen aus den 1970er und 80er Jahren. Eine Ausnahme stellen die vier Gowind Offshore-Patrouillenboote dar, die zwischen 2019 und 2022 im Rahmen eines 319 Millionen Euro Deals aus Frankreich importiert wurden (eines hiervon gebraucht).

Die Marineflieger unterhalten zudem 14 aktive kampffähige Flugzeuge (vier davon zur U-Boot-Abwehr und 10 bewaffnete Trainingsflugzeuge). 16 Erdkampfflugzeuge galten 2023 noch als eingelagert (fünf sollten demnach modernisiert werden), finden sich aktuell aber nicht mehr in den Angaben des IISS wieder. Laut Berichten wurden diese erst 2018 aus Frankreich gekauften gebrauchten Flugzeuge 2019 geliefert, konnten aber nie wieder einsatzfähig gemacht werden. Sie sollen nun ausgemustert worden sein. Weiterhin stehen aber sieben leichte Transportflugzeuge, zwei Helikopter zur U-Boot-Abwehr, sechs mittlere Transportsowie ein Mehrzweckhelikopter zur Verfügung. An Raketen befinden sich Luft-Luft-Raketen (R-550 *Magic*) und Schiffsabwehrraketen (AM39 *Exocet*) im Besitz der Marineflieger. Da vier der Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr (P-3B) seit 2019 nicht mehr einsatzfähig sind, sollen diese durch P-3C aus den USA ersetzt werden (kolportierter Kaufpreis 78 Millionen Dollar). Die in Modernisierung befindlichen P-3B könnten dann ggf. an Dänemark verkauft werden.

Der Marineinfanterie stehen 12 Aufklärungsfahrzeuge, 31 gepanzerte Mannschaftstransporter, elf gepanzerte Amphibienfahrzeuge sowie Bergungsfahrzeuge und 81 Artilleriesysteme (19 gezogene sowie etliche Mörser) zur Verfügung. Zur Panzer- und Luftabwehr halten sie zudem 30 rückstoßfreie Geschütze sowie Boden-Luft-Lenkwaffensysteme (RBS-70) und vier 40mm-Geschütze in ihren Beständen.

Das IISS kommt im Hinblick auf das alternde Equipment zu dem Fazit, dass die Fähigkeiten zur U-Boot-Abwehr, zur Minenräumung und zur luftgestützten Frühwarnung derzeit eingeschränkt sind. 2019 wurden Pläne bekannt, die alternden U-Boote durch den Kauf gebrauchter brasilianischer U-Boote (Tupi-Klasse) zu ersetzen. Im Juli 2022 gab es zudem Gespräche mit Deutschland über den Import von U-Booten. Derzeit ist aber noch unklar, ob es tatsächlich zu einem Kauf kommen wird, wie viele U-Boote ggf. gekauft werden sollen bzw. ob diese zuzüglich oder als Ersatz der derzeit in Dienst befindlichen U-Boote zum Einsatz kommen sollen.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Erdkampfflugzeuge	11	Einsatzfähigkeit von sieben Maschinen zweifelhaft
Aufklärer	1	ELINT
Transportflugzeuge	28	Davon 18 leichte und vier Passagiermaschinen
Tank- und Transportflugzeug	2	
Ausbildungsflugzeuge	55	Davon elf bewaffnet und acht eingelagert
Transporthubschrauber	13	Davon 10 leichte Maschinen
Mehrzweckhubschrauber	29	
Luftabwehr	88	Geschütze
Raketen	Einige	Luft-Luft-Raketen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die argentinische Luftwaffe besteht aus 12.900 Soldat:innen und ist derzeit mit enormen Fähigkeitslücken, speziell im Hinblick auf Luftkampf- und Transportfähigkeiten, konfrontiert. So sind von den 12 in Bestand befindlichen Kampfflugzeugen derzeit sieben nicht einsatzfähig. Diese nicht-einsatzfähigen Flugzeuge (A-4AR Skyhawk) wurden bereits zwischen 1997 und 2000 als gebrauchte, aber modernisierte Systeme geliefert. 2014 waren noch rund 70 Kampfflugzeuge verfügbar. Daneben unterhalten die Streitkräfte 46 Trainingsflugzeuge

(zehn hiervon bewaffnet, acht weitere eingelagert), 27 Transportflugzeuge (18 leichte, fünf mittlere sowie vier Passagiermaschinen) sowie ein Aufklärungs- und zwei Tank- und Transportflugzeuge. An Helikoptern stehen 29 Mehrzweck- und 13 Transporthubschrauber zur Verfügung. Zur Luftabwehr verfügt die Luftwaffe über 88 Geschütze (20 – 35mm) und einige Luft-Luft-Raketen (Sidewinder, R-550 *Magic* und Shafir 2).

Seit 2020 werden die Lufttransportkapazitäten ausgebaut. Hierzu werden vornehmlich gebrauchte Flugzeuge und Helikopter gekauft. So wurde 2021 bereits etwa eine gebrauchte Boeing 737-700 aus Irland in Dienst gestellt. Auch eine 34 Jahre alte Lockheed C-130 Hercules aus den USA soll 2023 bereits in Dienst gestellt worden sein, eine weitere wurde geordert. Darüber hinaus laufen derzeit Verhandlungen mit der US Air Force über das Leasing einer weiteren Hercules-Maschine. Ende Februar 2023 erhielt die Luftwaffe auch zwei gebrauchte leichte Transportflugzeuge – eine Saab SF-340B und eine Beechcraft UC-12B Huron. Erstere soll allerdings vornehmlich für kommerzielle Zwecke und in der staatlichen Fluggesellschaft (LADE) eingesetzt werden. Die Huron-Maschine hingegen ist die vierte von 12 geordneten Maschinen, welche auf dem Militärflugplatz Morón stationiert werden sollen. Zwei weitere des gleichen Typs sollen an die Marine geliefert werden. 2024 wurde eine gebrauchte Embraer ERJ-140LR in Dienst gestellt, zwei weitere sollen gekauft werden.

Derzeit ist unklar, wie viele der Kampfflugzeuge rekapitalisiert werden können bzw. wie wirtschaftlich ein Weiterverkauf wäre. Als mögliche neue Kampfflugzeuge wurden zuletzt russische MiG-29 bzw. MiG-35, chinesisch-pakistanische JF-17 sowie südkoreanische FA-50 gehandelt. Letztlich wurden aber gebrauchte F-16C aus Dänemark gekauft. Aus inländischer Produktion erwarb Argentinien zuletzt 13 neuwertige IA-63 Pampa III Trainingsflugzeuge vom Flugzeugbauer FAdA.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Gendarmerie:

87 gepanzerte Mannschaftstransporter
 Einige Artilleriegeschütze (81mm Mörser)
 13 Transportflugzeuge
 1 Passagierflugzeug
 2 Mehrzweckhubschrauber
 17 leichte Transporthubschrauber
 1 Trainingshubschrauber

Küstenwache (Prefectura Naval)

71 Patrouillen- und Küstenkampfboote
 11 Logistik- und Unterstützungsschiffe
 1 Flugzeug zur Seeraumüberwachung
 6 leichte Transportflugzeuge
 2 Trainingsflugzeuge
 3 Such- und Rettungshubschrauber
 1 Mehrzweckhubschrauber
 7 Transporthubschrauber

4 Trainingshubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 4**Peacekeeping**

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 2 Soldat:innen

Zypern (UNFICYP): 333 Soldat:innen

Indien/Pakistan (UNMOGIP): 3 Soldat:innen

Libanon (UNIFIL): 3 Soldat:innen

Mittlerer Osten (UNTSO): 3 Soldat:innen

Syrien/Israel (UNDOF): 1 Soldat:in

Westsahara (MINURSO): 3 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Das argentinische Militär hat in der Geschichte des Landes eine außerordentlich große Rolle gespielt und nahm durch sechs Putsche allein zwischen 1930 und 1976 direkten Einfluss auf die Politik Argentiniens. Es stellte mehrmals die Regierung oder Interimsregierungen und besetzte auch in zivilen Regierungszeiten des Landes phasenweise mehrere wichtige Ämter. Ab der demokratischen Transition 1983 nahm der Einfluss des Militärs jedoch sukzessive ab.

Prägend für die Geschichte des Landes war der Militärputsch 1930, welcher unter Beteiligung des späteren Präsidenten Juan Perón Präsidenten Hipólito Yrigoyen stürzte. Perón war auch im Rahmen des Putsches gegen die Regierung Ramón Castillos im Jahr 1943 eine zentrale Figur und wurde ab 1944 Vizepräsident und Kriegsminister. 1946 wurde er demokratisch zum Präsidenten gewählt, bevor er 1955 selbst vom Militär wieder abgesetzt wurde. Nach einem Exilaufenthalt in Spanien und einer Phase Argentiniens, die innenpolitisch von unregelmäßigen Regimewechseln (unter anderem erneuten militärischen Staatsstreich), gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Krisen und damit einhergehender enormer Instabilität geprägt war, wurde er 1973 – kurz vor seinem Tod – erneut in das Amt des Präsidenten gewählt - gleichzeitig ernannte er seine Ehefrau, Isabel Perón, zur Vizepräsidentin. Nach seinem Tod 1974 trat diese seine Nachfolge an. Im Jahr 1976 kam es schließlich erneut zu einem Militärputsch, in dessen Zuge eine Junta installiert wurde, die – in wechselnder Besetzung – die nationalen Geschicke bis 1983 lenkte.

Während der gesamten Militärdiktatur kam es zu einer massiven Verfolgung politischer Dissident:innen wie Gewerkschaftsaktivist:innen und linker Guerillaorganisationen durch die Streitkräfte und weitere Sicherheitsorgane. Im Rahmen der unter dem Begriff "Schmutziger Krieg" bekannten "Säuberungsaktionen" wurden geheime Haftanstalten bzw. Internierungslager und Folterzentren errichtet (bspw. in der Marineschule ESMA). Tausende Menschen wurden gefoltert und ermordet; Schätzungen gehen von 10.000 bis 30.000 getöteten bzw. verschwundenen Personen ("Desaparecidos") aus. Auch kam es zu Kindesentführungen, deren Opfer zur Adoption unter politisch Gleichgesinnten (oftmals Offizier:innen) freigegeben wurden. Die Zahl wird auf rund 500 geschätzt. Im Rahmen dieser "Säuberungen" kooperierten die Regierung, die Streitkräfte, die Polizei und die Geheimdienste untereinander sowie

mit paramilitärischen Organisationen. Beispielsweise führt die "Alianza Anticomunista Argentina" Entführungen und Tötungen durch, konnte gleichzeitig aber auch als Schuldige präsentiert werden, um die institutionalisierten, staatlichen Taten zu verschleiern. Alle Beteiligten genossen dabei weitestgehend Straffreiheit.

Schlussendlich brach das Militärregime aber aufgrund einer Reihe von Faktoren zusammen, darunter einem zehnwöchigen Krieg um die Falklandinseln und weitere Territorien des Überseegebiets des Vereinigten Königreichs im Jahr 1982, den die Militärregierung verlor.

Die demokratischen Wahlen im Jahr 1983 stellen eine entscheidende Wende für Argentinien dar, da diese erstmals seit 1916 zu einer langfristigen Rückkehr zur Demokratie führten. Unter dem gewählten Präsidenten Raúl Alfonsín nahm die "Nationalen Kommission über das Verschwindenlassen von Personen" (CONADEP) erste Untersuchungen der Menschenrechtsverletzungen auf. CONADEP dokumentierte innerhalb weniger Monate bereits 8.963 Fälle gewaltsamen "Verschwindenlassens". Ab 1985 erfolgte eine juristische Aufarbeitung, in deren Zuge führende Täter:innen zu Haftstrafen verurteilt wurden. Die Regierung unter Alfonsín implementierte auch erste Reformen der Streitkräfte. So stellte sie ab 1988 mit dem Law of National Defense die zivile Kontrolle über das Verteidigungsministerium sicher und entzog den Streitkräften die Kontrolle über öffentliche Rüstungsunternehmen. Seit 1990 besetzen Zivilist:innen alle wichtigen politischen Posten, inkl. des Amt des:der Verteidigungsminister:in. Ein noch durch die Militärregierung erlassenes und durch Alfonsín aufgehobenes Amnestiegesetz wurde drei Jahre später (1986) wiederum vom Kongress durch zwei erneute, heftig umstrittene Amnestiegesetze ersetzt (Schlusspunkt- und Befehlsnotstandsgesetz). Einige bereits angestrebte Strafverfahren wurden somit fallen gelassen. Die Reform der Streitkräfte wurde ab 1989 nach der Wahl Carlos Menems vorangetrieben. Im Zuge der Reformen wurden die Streitkräfte in ihren Aufgaben auf Verteidigung und internationale Peacekeeping-Operationen zugeschnitten. 1994 wurde zudem die Wehrpflicht abgeschafft. Gleichzeitig setzte Präsident Menem jedoch auch auf die Begnadigung von ehemaligen Militärs, die vor allem höherrangige Militärs betraf.

Erst seit 2003, mit der Wahl Néstor Kirchners, zeichnete sich eine nachhaltige Kehrtwende in der Aufarbeitung der Vergangenheit ab; diese dauert bis heute an. So hob Kirschner das Schlusspunktgesetz und die meisten Bestimmungen des Befehlsnotstandsgesetzes wieder auf, die Strafverfolgung wurde erneut aufgenommen, Menschenrechtsinstitutionen gegründet und Gedenkstätten geschaffen.

Bis Juni 2021 sollen, [Human Rights Watch](#) zufolge, 3.493 Personen angeklagt und 1.030 verurteilt worden sein – darunter einige ranghohe Mitglieder der Militärjunta. Einige Verfahren stehen jedoch noch immer aus. Von den entführten Kindern sollen bisher 130 identifiziert worden sein.

Trotz dieser Maßnahmen bleibt das Vertrauen der Bevölkerung in die eigenen Streitkräfte gering: Laut den aktuellen Daten des [World Value Surveys](#) (WVS) geben 59,3 Prozent der Befragten an, wenig oder kein Vertrauen in die Streitkräfte zu haben (Stand 2017). Aktuellere Daten des [Latinobarometers](#) zufolge liegt das Misstrauen mit 36,3 Prozent (Stand 2020) deutlich niedriger.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Kommentar

Ähnlich wie das Militär hat sich auch die Polizei in der Zeit der Militärdiktatur (1976 – 1983) mitschuldig an einer Vielzahl von schwerwiegenden Menschenrechtsverbrechen gemacht. Auch heute wird ihr immer wieder exzessive Gewalt, teilweise sogar Folter, Missbrauch oder Mord vorgeworfen; zudem ist Korruption in ihren Reihen weit verbreitet.

Nach Angaben der Vereinten Nationen weist Argentinien mit 795 Polizist:innen pro 100.000 Einwohner:innen (Stand: 2018) das höchste Verhältnis in der Region auf. Die Aufgabe der regulären Polizei (Bundespolizei; Policía Federal Argentina) umfasst die innere Sicherheit, den Schutz von Eigentums- und Freiheitsrechten, den Schutz demokratischer Rechte sowie die Verbrechensbekämpfung. Darüber hinaus bestehen regionale und lokale Polizeieinheiten in den verschiedenen Provinzen, Gemeinden und Städten. Auch wenn diese Einheiten administrativ und operativ den jeweiligen Provinzregierungen bzw. Kommunalverwaltungen unterstehen, übernimmt das 2010 gegründete Ministerium für Sicherheit (Ministerio de Seguridad) deren Koordination auf nationaler Ebene und unterstützt sie bspw. bei grenzüberschreitenden Operationen. Auch die Flughafensicherheitspolizei, die Küstenwache (Marinepräfektur) und die Gendarmerie unterstehen diesem Sicherheitsministerium. Alle Einheiten sind somit zuständig für die Innere Sicherheit.

Während die Gendarmerie vor allem die Bewachung der Grenzen und strategisch wichtiger Orte (etwa Kernkraftwerke) übernimmt, ist die Marinepräfektur zuständig für den Schutz großer Flüsse und Meeresgebiete, wo sie etwa gegen illegale Fischerei vorgeht. Hierzu kooperieren beide Einheiten auch eng mit den Streitkräften. Als paramilitärische Einheiten sind diese auch mit schwerem Gerät ausgestattet (siehe Box 3), unterstützen aber auch teilweise polizeiliche Einheiten etwa in der Bekämpfung von Schmuggel, irregulärer Migration oder dem Schutz von Botschaften.

Generell schränken finanzielle Engpässe die Handlungsfähigkeit und die Effizienz der Polizei ein und tragen zur weit verbreiteten Korruption bei. So kam es im Jahr 2013 bspw. in 21 von 23 Provinzen zu einem zehntägigen Polizeistreik, in deren Zuge die Arbeit niedergelegt und höhere Löhne gefordert wurden. Im Zuge des Streiks kam es auch zu Ausschreitungen und Plünderungen. Besonders den lokalen Polizeieinheiten werden vielerorts Korruption und Amtsmissbrauch vorgeworfen, außerdem sollen sie tiefgreifende Netzwerke zur organisierten Kriminalität unterhalten. Polizeieinheiten der Grenzregionen werden gar beschuldigt in

den Menschenhandel verstrickt zu sein. Diese Entwicklungen lassen sich bis auf die 1980er und 1990er Jahre zurückverfolgen, als die Polizei in städtischen Gebieten "befreite Zonen" (sog. *zonas liberadas*) einrichtete, in denen kleine kriminelle Gruppen gegen eine Gewinnabgabe frei operieren konnten. Über die folgenden Jahre wuchsen die Verstrickungen der Polizei in kriminelle Netzwerke weiter. Zusätzlich konnten kriminelle Organisationen und Familiencans enge Beziehungen zu lokalen Spitzenbeamt:innen aufbauen. Zu den einflussreichsten Gruppen gehört etwa der in Rosarios ansässige Familiencan Los Monos, der ab den 2000er Jahren durch Drogenschmuggel und der Unterwanderung der lokalen Polizei eine enorme Macht innerhalb der Stadt aufbauen konnte. Dieser Fall zeigt, wie konsolidiert die Drogenkartelle auch in Argentinien sind. Weitere Beispiele für solche Clans sind bspw. die Cantero, Bassi, Funes, Camino, Torres, Castedo oder Loza, die oft tief verankert in den Gemeinden sind, da sie zum Teil Aufgaben übernehmen, die der Staat nicht leisten kann oder will.

In den vergangenen Dekaden hat es eine Vielzahl von kleineren Reformbemühungen gegeben (etwa in Bezug auf Transparenz, Rechenschaftspflichten oder der Umverteilung von Zuständigkeiten zwischen Bundes- und regionalen Polizeien), die sich oft jedoch als wenig effektiv herausstellten. Unter dem ehemaligen Präsidenten Macri wurde etwa eine Vielzahl von Polizeibeamt:innen aus dem Dienst entlassen. Auch der 2019 gewählte Präsident Alberto Fernández strebte strukturelle Änderungen in der Justiz und in den Sicherheitsinstitutionen, wie der Bundespolizei, an. Eine substanzielle Reform hat es seit der Rückkehr zur Demokratie aber nie wirklich gegeben. Ein Hindernis für substanzielle Reformen stellte oftmals eine tiefe ideologische Meinungsverschiedenheit innerhalb der Zivilgesellschaft über angemessene politische Reaktionen auf die zunehmende Kriminalität dar. Bis dato sind also durchaus Anzeichen zu erkennen, dass die Behörden die Probleme zunehmend ernst nehmen. Dennoch unterminieren die genannten Probleme (wie Korruption und Klientelismus) im ganzen Land, verschiedene Skandale und eine immer noch weit verbreitete Straffreiheit diese Schritte.

Im Jahr 2020 wurden 297 Fälle von Gewalt durch Sicherheitskräfte gemeldet, unter anderem im Zuge der Durchsetzung von Hygienemaßnahmen im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie. Die Staatsanwaltschaft untersucht derzeit bspw. weiterhin die Tötung von zwei jungen Männern, die im Zusammenhang mit einem nationalen Lockdown verschwanden. So wurde etwa Facundo Astudillo Castro, mehrere Wochen nachdem er zuletzt im Rahmen einer Verkehrskontrolle der Buenos Aires Provinzpolizei gesehen wurde, tot aufgefunden. Zudem wurden mehrere Fälle von Folter und Missbrauch durch die Polizei bekannt. So sollen laut Human Rights Watch im selben Jahr 176 Fälle von angeblicher Folter oder Misshandlung und 16 gewaltvolle Todesfälle in den Bundesgefängnissen der nationalen Strafvollzugsbehörde gemeldet worden sein. Amnesty International berichtete auch im [Jahresbericht 2023](#) von unaufgeklärten Tötungsdelikten: Die Polizei von Córdoba wird beschuldigt, für den Tod eines 17-jährigen Jungen, Valentino Blas Correas, im August 2021 verantwortlich zu sein. Auch der Tod einer jungen Frau, Daiana Soledad Abregú, in einer Arrestzelle der Polizei von Laprida (Buenos Aires Provinz), wurde lange nicht aufgeklärt. Während der für den Tod Correas verantwortliche Polizist derweil schuldig gesprochen und inhaftiert wurde, wurden die fünf Beschuldigten im Falle Abregús freigesprochen. Straffreiheit bleibt insgesamt problematisch; entsprechende weitere Fälle werden oftmals nicht oder nur sehr zögerlich untersucht. Weitere Informationen finden sich im Kommentar zur [Achtung der Menschenrechte im Empfängerland](#).

Diese Unzulänglichkeiten spiegeln sich auch in der Beziehung zur Bevölkerung wider: Insgesamt ist das Vertrauen in die Polizei nach Daten des [World Value Survey](#) (WVS) als auch

des [Latinobarometers](#) zufolge sehr gering. So geben laut letzterem nur 37,4 Prozent der Befragten an, Vertrauen in die Polizei zu haben; laut WVS sind es sogar nur 29,8 Prozent.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Nicht kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu un-friedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag von 2021	Nicht beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Argentinien ist den meisten zentralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Lediglich dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 sowie dem Atomwaffenverbotsvertrag von 2021 ist das Land nicht beigetreten. Argentinien gilt laut Angaben des Cluster Munition Monitor [2024](#) nicht mehr als Produzent, verfügt aber noch über Restbestände. Über die aufgeführten Abkommen hinaus ist Argentinien Mitunterzeichner des Vertrags über das Verbot von Nuklearwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Treaty for the Prohibition of Nuclear Weapons in Latin America and the Caribbean, Vertrag von Tlatelolco). Diesen hat es 1967 unterzeichnet und 1994 ratifiziert. Zusätzlich hat es 2001 die Inter-Amerikanische Konvention gegen die illegale Herstellung von und den illegalen Handel mit Feuerwaffen, Munition, Sprengstoffen und ähnlichen Materialien (Inter-American Convention against the Illicit Manufacturing of and Trafficking in Firearms, Ammunition, Explosives, and Other Related Materials) ratifiziert. Auch das Interamerikanische Übereinkommen über die Transparenz beim Erwerb von konventionellen Waffen (Inter-American Convention on Transparency in Conventional Weapons Acquisitions) hat Argentinien 2004 ratifiziert.

Aktuell haben weder die UN noch die EU Sanktionen gegen Argentinien verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	https://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	https://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	https://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	https://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	https://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	https://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	https://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	https://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	https://treaties.un.org

Box 5**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023**

There were no significant changes in the human rights situation during the year.

Siehe Report 2022:

Argentina is a federal constitutional republic. In October 2019, Alberto Fernández was elected president in elections that local and international observers considered generally free and fair. [...] Civilian authorities maintained effective control over the security forces. There were reports that members of the security forces committed some abuses. Significant human rights issues included credible reports of unlawful and arbitrary killings, including extrajudicial killings, torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by federal and provincial officials, harsh and life-threatening prison conditions, serious problems with the independence of the judiciary, and serious government corruption.

The government took limited steps to identify, investigate, prosecute, and punish officials who committed human rights abuses or engaged in corruption.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/argentina/>

Box 6**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2025**

Barriers to accessing abortion remained. High rates of femicide and gender-based violence persisted and support services were cut. Female journalists experienced digital violence. New legislation legalized mass surveillance. Repressive responses to public demonstrations increased. Poverty worsened and the government imposed harsh austerity measures, particularly impacting older people. The government took regressive steps in the fight against climate change, including introducing legislation to authorize deforestation and mining in periglacial zones.

Quelle: Amnesty International Report 2025
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/8515/2025/en/>

Box 7**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024**

Bewertung für Argentinien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 35/40

Politische Rechte: 50/60

Gesamtbewertung: Frei (85/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025**

Argentina is a vibrant representative democracy with competitive elections, lively media and civil society sectors, and unfettered public debate. Economic instability, institutional weakness, corruption, and drug-related violence are among the country's most serious challenges.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/argentina/freedom-world/2025>

Kommentar

Argentinien ist allen relevanten UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten. Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit werden durch die Verfassung geschützt und von der Regierung weitestgehend respektiert. Trotzdem gibt es immer wieder Berichte über Einschränkungen von Menschenrechten durch staatliche Kräfte. So sind mehrere Fälle von tödlicher Polizeigewalt bekannt, die nur in Teilen zu strafrechtlichen Konsequenzen geführt haben. Am 5. Juni 2022 ist Daiana Soledad Abregú in Polizeigewahrsam gestorben; fünf hierfür wegen schweren Mordes angeklagte Polizist:innen sind nach wie vor auf freiem Fuß, vier der fünf Angeklagten sind nach nun über zwei Jahren wieder im Polizeidienst. Menschenrechtsorganisationen registrieren darüber hinaus auch immer wieder Fälle von Misshandlungen durch Polizeibeamt:innen. Korruption und ein langsames, politisch beeinflusstes Justizsystem behindern dabei die Untersuchungen, sodass Straffreiheit ein großes Problem ist. Vor allem in den Gefängnissen ist die Lage prekär und wird immer wieder durch Menschenrechtsorganisation wie Human Rights Watch kritisiert. So wartet gemäß dem HRW [World Report 2023](#) die Hälfte der über 11.000 Gefängnisinsass:innen auf ein Verfahren, allein 2021 wurden 233 Fälle von Folter oder Misshandlungen in Gefängnissen dokumentiert. Ein Verfahren gegen 13 Polizeibeamt:innen, die für den Tod von Valentino Blas Correas im August 2021 verantwortlich gemacht werden, wurde im März 2023 aber mit lebenslanger Haftstrafe für zwei der Haupttäter sowie einer ein- bis fünfjährigen Haftstrafe für die anderen elf Beteiligten beendet.

Die Meinungsfreiheit wird durch die argentinische Verfassung gewahrt. Laut Reporter ohne Grenzen (RSF) gibt es wenig bis gar keine staatlich regulierte Zensur, auch Online-Inhalte werden laut Freedom House nur selten gefiltert oder blockiert. In den letzten Jahren haben Drohungen und gewalttätige Angriffe auf Journalist:innen jedoch zugenommen. So dokumentiert die FOPEA (Argentine Journalism Forum) 2021 14 physische Angriffe auf

Journalist:innen. Auch Mitglieder der Regierung haben Journalist:innen verbal scharf attackiert und so die Stimmung gegen diese aufgeheizt. So stuft RSF [Argentinien 2023](#) auf Platz 40 von 180 Ländern (mit einer Punktzahl von 73,36/100) auf dem Weltindex ein, was Argentinien zwar ein relativ hohes Maß an Pressefreiheit attestiert, aber eine Verschlechterung zu 2022 (Platz 29) darstellt. Im Jahr 2024 belegte das Land sogar nur noch den 66. Platz (mit 63,13 Punkten). Die Verschlechterung führen die RSF unter anderem auf Javier Mileis aggressive Haltung gegenüber Journalist:innen sowie die Schließung und Privatisierung wichtiger (staatlicher) Nachrichtenagenturen, wie bspw. Télam zurück.

Geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt bleiben ein allgegenwärtiges Problem. Das argentinische Gesetz bietet weitgehenden Schutz vor geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt. Insbesondere Todesfälle, die auf geschlechtsspezifische Gewalt zurückzuführen sind, sollen besonders hart bestraft werden. Die Realität sieht jedoch anders aus: Geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Partner:innen sind an der Tagesordnung. Lokalen Nichtregierungsorganisationen zufolge führt die Nachlässigkeit von Polizei und Justiz häufig zu einem fehlenden Schutz der Betroffenen. Auch die Strafverfolgungsquote für sexualisierte Gewalt liegt lediglich bei 15,5 Prozent. So bleibt auch die Zahl der geschlechtsspezifischen Tötungen konstant hoch. Zwischen 2017 und 2021 verzeichnete das Land durchschnittlich 273 Femizide pro Jahr. Dabei spielen Klein- und Leichtwaffen eine große Rolle: In [24 Prozent](#) dieser Fälle wurden Schusswaffen verwendet. Auch hier bleibt die Strafverfolgung unzureichend: So wurden im Jahr 2021 von [251 dokumentierten Femiziden](#), nur in sechs dieser Fälle eine Verurteilung ausgesprochen.

Mit der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bis zur 14. Woche – in Fällen von Vergewaltigung oder Gefährdung von Leben und Gesundheit auch später – wurde 2020 zwar ein Meilenstein der sexuellen Selbstbestimmung erreicht, jedoch werden diese insbesondere in ländlichen und konservativen Regionen sowie durch sozio-kulturelle Barrieren behindert.

Für die Rechte von LGBTQIA²-Personen ist Argentinien dagegen ein regionaler Vorreiter: Argentinien war 2010 das erste südamerikanische Land, das die gleichgeschlechtliche Ehe legalisierte, im Jahr 2012 wurde die Geschlechtsänderung in offiziellen Dokumenten ermöglicht, und 2021 hat Argentinien ein drittes Geschlecht („X“) in offiziellen Dokumenten anerkannt. Gleichzeitig registrierte die Nationale Beobachtungsstelle für Hassverbrechen 120 Hassverbrechen gegen LGBTQIA+-Personen und 17 Tötungen im Jahr 2021 – damit hat sich die Zahl von 2020 auf 2021 verdoppelt.

Ein großes Problem stellt die immer noch vorherrschende Diskriminierung indigener und afro-argentinischer Personen dar. Diese haben schlechtere Zugänge zu Justiz, Bildung und Gesundheitsversorgung. Auch die durch die Verfassung garantierten Landrechte der indigenen Bevölkerung werden in der Praxis oft verletzt. So wurden indigene Gruppen durch Projekte der Agrar- und Rohstoffindustrie von ihrem Land vertrieben und in ihrer traditionellen Lebensweise eingeschränkt (siehe hierzu auch das Kapitel [Spannungen und innere Konflikte](#)).

² lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, (questioning), intersex, asexual, and (agender)

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

As for political transformation, the situation stagnated or even regressed. The Fernández government took advantage of the decree powers conferred by Congress and made excessive use of necessity and urgency decrees (NUDs) to deal with the dual crisis, almost completely sidelining the legislative branch. Checks and balances came under additional pressure from the government's persistent attacks on the judiciary, which it has sought to control, although key bodies such as the Supreme Court (CSJ) remained resilient. The latter includes prominent anti-corruption judges who continued to investigate Vice President Cristina Fernández de Kirchner for corruption cases. In December 2022, she was sentenced to six years in prison for fraud "to the detriment of the state" and banned for life from holding public office, although it appeared that she might slip off through several loopholes. This and similar cases provided the background for Peronist forces accusing the judiciary of "lawfare" against prominent Peronist leaders. The real power play, however, took place not so much between the government and the center-right parliamentary opposition but within the government itself – between the moderate and radical wings of Peronism. The former is represented by President Fernández and some cabinet members, the latter by Vice President Fernández and her supporters in the cabinet and Congress. Hostility intensified after the lost mid-term elections and led to the blockading of several important policies, most notably the handling of IMF conditions and austerity measures to reduce the budget deficit.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/ARG>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2024)

Im Jahresbericht 2024 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte Argentinien lediglich 37 von 100 möglichen Punkten (2023: 37 Punkte). Damit erreichte es das gleiche Ergebnis wie Indonesien, Äthiopien, Lesotho oder Marokko. Zum Vergleich: Deutschland erlangte 75 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2024/index/arg>

Spannungen und innere Konflikte

Argentiniens neuere Geschichte ist durch eine Vielzahl von Regimewechseln und politischer Instabilität gekennzeichnet. Immer wieder griff das Militär, u. a. durch sechs Putsche zwischen 1930 und 1976, aktiv in die Politik ein. Das Land stand wiederholt unter militärischer Führung (siehe auch Kapitel [Rolle des Militärs in der Gesellschaft](#)). Seit dem Ende der Militärdiktatur 1983 konnte sich jedoch eine lebendige Demokratie etablieren. Dennoch gibt es intern einige Spannungen:

Eine persistente Konfliktlinie im Land ist die Situation der indigenen Bevölkerung. Wie keine andere Bevölkerungsgruppe sind Indigene von Armut und struktureller Diskriminierung betroffen. Rassismus, Isolation sowie Vernachlässigung durch die Regierung führen dazu, dass insbesondere im Norden des Landes – wo ein Großteil der indigenen Bevölkerung lebt – die Armutsquote über 50 Prozent liegt. Die COVID-Pandemie hat die Lage weiter zugespitzt, sodass einige indigene Gemeinden von [akuter Mangelernährung](#) bedroht sind. Auch Jahre

später ist Unterernährung bei Kindern noch immer ein Problem in der Region (Stand September 2024). Auch Gewalt gegen Indigene ist ein großes Problem: So kommt es zum einen im Rahmen von Landkonflikten oft zu Gewalt gegen indigene Personen. Zum anderen sind auch indigene Frauen überproportional von geschlechterspezifischer Gewalt betroffen. Die Konflikte um die Landansprüche der indigenen Völker haben sich seit 2017 verschärft. Der argentinische Staat hat es versäumt, die Rechte indigener Völker auf Land zu garantieren und durchzusetzen - und der wirtschaftlichen Ausbeutung ihrer Gebiete durch große Wirtschaftskonzerne ein Ende zu setzen. Ein im Jahr 2021 von der Regierung Fernández unterzeichnetes Abkommen zur Nutzung von zwei Hektar Land durch indigene Gruppen, dass auch die Anerkennung von „heiligem Land“, Wohnungsbau und einem Stopp von Vertreibungsaktivitäten vorsah, wurde unter der Regierung Milei im Mai 2024 gestoppt. Auch bei Protesten von indigenen Aktivist:innen gehen Sicherheitskräfte oft mit unverhältnismäßiger und unrechtmäßiger Gewalt vor, wie die Verhaftung des Mapuche-Anführers Facundo Huala Jones oder der ungeklärte Tod des Aktivisten Santiago Maldonado während eines Polizeieinsatzes zeigen.

Auch wenn Drogenkartelle in Argentinien nicht so verbreitet sind wie in anderen Staaten der Region, haben sie sich in den letzten Dekaden etabliert und könnten den Staat destabilisieren. Die Gruppen sind zumeist lokal verankert, haben die Kontrolle über bestimmte Stadtviertel und erkaufen sich über die Übernahme von Leistungen, die der Staat nicht leisten kann oder will, Gefolgschaft. Insbesondere Rosario, Córdoba, Buenos Aires und kleineren Städten in den nördlichen Regionen stehen unter dem Einfluss von Kartellen. Insbesondere die Verbindung zu politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie die Unterwanderung der lokalen Polizei zeigen, dass die Drogenkartelle auch in Argentinien recht etabliert sind. Die zunehmende Gewalt (siehe Kommentar zu [Kriminalität](#)) stellt den argentinischen Staat dabei vor eine Herausforderung.

In den letzten Jahren sind zudem Armut und Ungleichheit in Argentinien weiter angestiegen. Dabei spitzen die steigende Inflation, eine schwache Wirtschaft sowie hohe Zahlen von Arbeitslosigkeit die Lage weiter zu und belastet dadurch die Beziehung zwischen politischer Elite und der Bevölkerung. In der zweiten Jahreshälfte 2020 gingen Tausende von Bürger:innen gegen die Regierung Fernández auf die Straße. Ihr Protest richtete sich gegen die, während der COVID-Pandemie auferlegten Beschränkungen, die verheerende Wirtschaftslage und die zunehmende Arbeitslosigkeit und Armut. Insgesamt herrschte wenig Vertrauen in die ehemalige Regierung: Einer Umfrage von [Latinobarómetro](#) von 2020 zufolge gehen 74,6 Prozent der Befragten davon aus, dass die politische Elite nicht für das Wohl des Volkes regiert, sondern zu ihrem eigenen Vorteil. Das Vertrauen in staatliche Organe wird durch massive Korruption weiter untergraben. Mangelnde Transparenz, sowie schwache Institutionen und ein ineffizientes und politisch beeinflusstes Justizsystem behindern die Eindämmung dieser. Korruptionsvorwürfe, gegen (ehemalige) Regierungsmitglieder verstärken das Misstrauen in den Staat und die politischen Eliten weiter. Zu den prominentesten Fällen gehört der Korruptions- und Geldwäscheworwurf gegen die ehemalige Präsidentin und Vizepräsidentin Christina Fernández de Kirchner. Sie wird beschuldigt, während ihrer Regierungszeit Gelder veruntreut zu haben. Im Dezember 2022 verurteilte ein Gericht Fernández de Kirchner für "Betrug im öffentlichen Dienst" während ihrer Präsidentschaft zu sechs Jahren Haft und einem lebenslangen Verbot, öffentliche Ämter zu bekleiden. De Kirchner wies die Vorwürfe zurück und beschuldigte die Staatsanwaltschaft öffentlich, eine politisch motivierte Untersuchung durchgeführt zu haben. In ihrer Position als Vizepräsidentin genoss sie Immunität vor Verhaftung, derzeit läuft ein Berufungsverfahren. Auch über den Fall Kirchner hinaus ist das Verhältnis von Regierung und Justiz angespannt. Wiederholt haben Ex-Präsident Fernandez

und Vizepräsidentin Kirchner in Zusammenhang mit der Anklage Kirchners von einer drohenden „Politisierung der Judikative“ gesprochen. Zwei der amtierenden Richter:innen wurden unter Umgehung der verfassungsrechtlichen Prozesse per Dekret vom ehemaligen Präsidenten Macri ins Amt erhoben und blockierten Untersuchungen gegen die Regierung Macri. Auf der anderen Seite wollte die Regierung den Obersten Gerichtshof von 5 auf 15 Richter:innen erweitern – da diese durch die:den Präsident:in ernannt werden, bietet dieser Schritt grundsätzlich die Möglichkeit der politischen Einflussnahme. Unter Milei wurde die Erweiterung aufgegeben, allerdings zwei neue Richter nominiert (eine Bestätigung durch den Senat steht noch aus). Die Ernennung Ariel Lijos stieß auf große Besorgnis unter Beobachter:innen, da gegen ihn derzeit drei Disziplinarverfahren ausstehen. Laut [Human Rights Watch](#) wurden weitere 29 Disziplinarverfahren gegen ihn bereits eingestellt. Diese bezogen sich unter anderem auf Vorwürfe der Verzögerung oder Manipulation von Korruptionsermittlungen. Auch wegen Geldwäsche und Bestechung wurde gegen ihn bereits ermittelt. Die Ernennung verstößt darüber hinaus gegen ein Präsidialdekret aus dem Jahr 2003, dass die Berücksichtigung von Geschlechtervielfalt fordert.

Insgesamt zeichnet sich eine politische Polarisierung im Land ab, die sich u.a. auch in einem versuchten Attentat auf Vizepräsidentin Kirchner im September 2022 sowie der anschließenden öffentlichen Debatte über die mögliche Inszenierung dieses zeigt. Die Wahl des Rechtspopulisten Javier Milei zum Präsidenten im November 2023 gilt auch als Ausdruck der Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Situation des Landes und der politischen Elite.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Argentinien grenzt im Westen an Chile, östlich an Uruguay und Brasilien, nordöstlich an Paraguay und nördlich an Bolivien. Ein großer Teil der südlichen Grenze bildet der Südatlantik, die westliche Grenze ist primär durch die Anden geprägt. Mit 46,6 Millionen Einwohner:innen (Stand 2023) und einer Ausdehnung von 2,8 Millionen Quadratkilometern ist es das flächenmäßig zweitgrößte und im Hinblick auf die Bevölkerungszahl drittgrößtes Land Südamerikas. Aufgrund seiner großen Fläche ist es durch verschiedene klimatische Zonen – Savannen, Berglandschaften und Sumpfgebiete – geprägt. So ist die Geographie des Landes sehr divers und reicht von Aconcagua – mit 6.960 Metern dem höchsten Berg außerhalb Asiens – bis zum Salzsee Laguna del Carbón, der unter dem Meeresspiegel liegt. Auch das Ökosystem ist extrem vielfältig.

Die Hauptstadt und das wirtschaftliche Zentrum ist Buenos Aires, das nordöstlich, direkt an der Grenze zu Uruguay liegt. Rund ein Drittel der Bevölkerung lebt hier. Das Land weist wenig spezielle Bodenschätze auf, verfügt aber über Vorkommen von Lithium, Silber und Boron sowie über Gas- und Ölvorkommen.

Argentinien wurde seit dem frühen 16. Jahrhundert von Spanien kolonialisiert, war zeitweise unter französischer und britischer Herrschaft und erkämpfte sich die Unabhängigkeit blutig. Bis 1816 war Argentinien Teil des spanischen Kolonialreichs; seit 1880 besteht das Land in seinen heutigen Grenzen.

Im Zuge der Kolonialisierung wurde ein großer Teil der indigenen Gesellschaften ausgerottet. Da zudem viele Europäer:innen vor und nach Erlangung der Unabhängigkeit nach Argentinien migrierten, hat heute die Mehrheit der argentinischen Bürger:innen europäische

Vorfahren. Nur etwa 2,5 Prozent der Bevölkerung sind Indigene. Die größte Gruppe unter ihnen bilden dabei die Mapuche. Auch Afro-Argentinier:innen bilden mit etwa 0,4 Prozent eine Minderheit.

Spanisch ist die offizielle Landessprache Argentinien. Englisch, Deutsch, Französisch und Italienisch sind durch die Kolonialgeschichte auch verbreitet. Auch einige indigene Sprachen wie Quechua, Guaraní und Mapudungun, werden im Land gesprochen.

Politische Situation in der Region

Die meisten Staaten der südamerikanischen Region gelten als relativ demokratisch und stabil. Dennoch wird die politische Stabilität der Region durch einige Staaten bedroht. So werden Argentinien, ebenso wie seine Nachbarstaaten Chile und Uruguay durch den [Fragile State Index](#), als „stabil“ bewertet. Andere angrenzende Staaten – Brasilien, Paraguay, Bolivien – dagegen werden als in „warnendem“ Maße von staatlicher Fragilität betroffen eingeordnet. Auch die weiteren Staaten der Region – Peru, Suriname, Guyana, Ecuador und Kolumbien – werden als in „warnendem“ Maße von staatlicher Fragilität bedroht eingestuft. Venezuela dagegen ist laut dem Index in „alarmierendem“ Maße fragil. Der [Bertelsmann Transformation Index](#) (BTI) wertet Venezuela zudem als „hard-line autocracy“. Während der Index Chile und Uruguay als „democracies in consolidation“ einstuft, werden die anderen südamerikanischen Staaten als „defective democracies“ klassifiziert. In Übereinstimmung mit dieser Einschätzung wertet [Freedom House](#) Venezuela als „nicht frei“ und Bolivien, Peru sowie Paraguay als „teilweise frei“. Dagegen werden Argentinien und die restlichen südamerikanischen Staaten als „frei“ eingestuft. Mit Blick auf die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in der Region ergibt sich ein gemischtes Bild: Während der [Rule of Law Index](#) Chile und Uruguay ein recht hohes Maß an Rechtsstaatlichkeit attestiert, rangiert Venezuela auf dem letzten Platz der 140 Staaten und weist ein äußerst schwaches Maß an Rechtsstaatlichkeit auf. Bolivien erreicht ebenso nur ein relativ schwaches Maß. Argentinien sowie die restlichen südamerikanischen Staaten halten dem Index zufolge immerhin in mittlerem Maße die Rechtsstaatlichkeit ein.

Für die gesamte Region stellt die organisierte Kriminalität ein ernstes Problem dar und kann die politische Stabilität gefährden. Poröse und schwer kontrollierbare Grenzen bieten dabei ideale Voraussetzungen für den transnationalen Schmuggel von Drogen, Menschen und Waffen. Weit verbreitete Korruption unter Mitgliedern von politischer Elite und Sicherheitskräften verschärft diese Probleme in allen Staaten der Region weiter. Hinzu kommen zum Teil gravierende innenpolitische Probleme, die sich auch auf die regionale Stabilität auswirken können: Sowohl Brasilien als auch Bolivien und Peru haben in den letzten Jahren politische Polarisierung und Destabilisierung erlebt. Während Brasiliens ehemaliger Präsident Jair Bolsonaro deutliche antidemokratische Tendenzen gezeigt hat, haben in Peru die Amtsenthebung des ehemaligen Präsidenten sowie die anschließenden Proteste, eine Krise des Regierungssystems offengelegt.

In der Region ist vor allem die politische Situation in Venezuela ein entscheidender Faktor. De facto hatte Venezuela zwischenzeitlich zwei Präsidenten: Nicolás Maduro sowie Juan Guaidó, der 2019 als Interimspräsident von der Nationalversammlung ausgerufen wurde. Die drastische politische Lage sowie der sozioökonomische Zusammenbruch im Land haben eine komplexe humanitäre Katastrophe ausgelöst, die zu Fluchtbewegungen in die gesamte Region geführt hat: Circa 7,7 Millionen venezolanische Bürger:innen, unter ihnen viele Kinder, sind in die Nachbarstaaten und darüber hinaus geflohen. Die belastet insbesondere auch die

Beziehungen mit Kolumbien, welches das Hauptzielland von Geflüchteten aus Venezuela ist. Das Verhältnis beider Staaten ist wegen anhaltender Grenzstreitigkeiten ohnehin angespannt.

In den letzten Jahren hat auch die COVID-19-Pandemie, von der Südamerika hart getroffen wurde, die strukturellen Probleme, von denen die Staaten der Region betroffen sind, verstärkt. In der Folge kam es in zahlreichen Ländern zu Protesten gegen die politischen Eliten und deren Antworten auf die sozio-ökonomischen Krisen. Ähnlich wie Argentinien sieht sich die gesamte Region mit extremen sozialen und ökonomischen Ungleichheiten, geringem Wachstum und überlasteten sozialen Systeme konfrontiert. Kaum eine Regierung Südamerikas konnte im Zuge der Pandemie und der damit verbundenen Herausforderungen für die Gesundheits- und Wirtschaftssysteme ein solides Krisenmanagement aufweisen. Dabei verschärften die COVID-19-Pandemie sowie Konflikte über den Umgang mit dieser lediglich bereits existierende politische und soziale Spaltungen. Bereits vor der Pandemie waren im Jahr 2019 in zahlreichen südamerikanischen Staaten, darunter Chile, Kolumbien und Ecuador, massive Proteste über soziale Ungleichheiten ausgebrochen.

Grenzkonflikte

In der Region gibt es eine Vielzahl an Konflikten über Grenzverläufe. Insbesondere zwischen Argentinien und Chile kommt es immer wieder zu Konflikten. So streiten sich beide Länder über einen 60 km langen Grenzabschnitt in den Anden, den Campo de Hielo Sur (dt. Südliches Patagonisches Eisfeld). Bisher wurde keine bindende Grenzziehung vorgenommen, da die 2001 eingesetzte gemeinsame Grenzkommission den Grenzverlauf noch kartieren und abgrenzen muss. 2021 gab Chile in einem Dekret bekannt, dass es beabsichtige, sein Staatsterritorium im Bereich des Meeresbodens von unterseeischen Gebieten um 5000 km² zu erweitern – auf Kosten von Argentinien. Diese Auseinandersetzung über die antarktischen Seegrenzen der Länder führte 2022 zu Spannungen. Bisher kam es hier zu keinen weiteren Vorfällen oder Einigungen (Stand September 2024).

Auch mit dem Vereinigten Königreich gibt es einen Grenzkonflikt, der in der Vergangenheit auch militärisch eskalierte. Im Jahr 1982 beanspruchte Argentinien die vom Vereinigten Königreich verwalteten Falklandinseln (Islas Malvinas), Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln und besetzte diese militärisch. Dies bildete den Auslöser des sog. Falklandkrieges zwischen beiden Ländern. Heute macht Argentinien seine Ansprüche auf die Inseln weiterhin in seiner Verfassung geltend, erklärte aber 1995 keine gewaltsame Lösung mehr anzustreben. Daher ist eine diplomatische Lösung des Konflikts nun wahrscheinlicher. Das Vereinigte Königreich lehnt argentinische Forderungen weiterhin ab.

Mit Uruguay hingegen, wurde ein Kompromiss bzgl. des Grenzverlaufes gefunden: Die im Mündungsgebiet des Rio de la Plata gelegene Isla de Martín García befindet sich zwar vollständig in uruguayischen Hoheitsgewässern, gehört aber bei Ebbe zum argentinischen Hoheitsgebiet.

Auch entlang der Seegrenzen Argentinien kommt es zu Konflikten. Immer wieder dringen ausländische Fangflotten in argentinische Hoheitsgewässer ein, um dort illegal zu fischen. Allein im April 2021 wurden 517 Schiffe gezählt. Laut einem Bericht von [Oceana](#) waren in einem Zeitraum von Januar 2018 bis April 2021 dabei 69 Prozent der Schiffe chinesisch. Aber auch Schiffe aus Spanien, Südkorea und Taiwan waren an illegaler Fischerei beteiligt. Ausländische Überfischung ist ein ernsthaftes Problem und kostet Argentinien nicht nur mehrere Milliarden US-Dollar pro Jahr, sondern zerstört auch das Ökosystem. Daher hat die

Marine in den letzten Jahren nicht nur begonnen, die Flotten zu überwachen, sondern auch wiederholt eingegriffen. So hat sie 2016 ein chinesisches Fischerboot, das illegal in argentinischen Gewässern gefischt hat, versenkt. 2020 wurden zwei Schiffe, die illegal in argentinischen Hoheitsgewässern fischten, gekapert.

Regionale Rüstungskontrolle

Mit dem Unterzeichnen des Vertrags über das Verbot von Nuklearwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Treaty for the Prohibition of Nuclear Weapons in Latin America and the Caribbean; Vertrag von Tlatelolco) im Jahr 1967 wurde ein Meilenstein der (nuklearen) Rüstungskontrolle in Südamerika und der Karibik erreicht. Der Vertrag verbietet den Test, die Stationierung, den Besitz sowie die Herstellung von Nuklearwaffen in der Region. Allerdings hielt sich die Strahlkraft des Vertrags in Grenzen und führte nicht dazu, dass auch regionale Mechanismen zur Rüstungskontrolle in anderen Bereichen eingeführt wurden. So trat z. B. das Mendoza Übereinkommen, das 1991 von Argentinien, Brasilien und Chile unterzeichnet wurde und die Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe sowie den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen verhindern sollte, nie in Kraft. Nach dem Ende des Kalten Krieges lag der Schwerpunkt in der Region eher auf vertrauensbildenden Maßnahmen. Instrumente dazu waren der Austausch von Informationen, die Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen. Darüber hinaus bietet die Inter-Amerikanische Konvention gegen die illegale Herstellung von und den illegalen Handel mit Feuerwaffen, Munition, Sprengstoffen und ähnlichen Materialien (Inter-American Convention against the Illicit Manufacturing of and Trafficking in Firearms, Ammunition, Explosives, and Other Related Materials) einen regionalen Rahmen, um die (illegale) Proliferation von Feuerwaffen transnational zu bekämpfen. Das Interamerikanische Übereinkommen über die Transparenz beim Erwerb von konventionellen Waffen (Inter-American Convention on Transparency in Conventional Weapons Acquisitions) soll den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten zum Import und Export konventioneller Waffen fördern und so vertrauensbildend wirken.

Als regionales Instrument des United Nations Office for Disarmament Affairs ist das Regional Centre for Peace, Disarmament and Development in Latin America and the Caribbean (UNLIREC) in der Region angesiedelt. Es dient nicht nur dem Kapazitätsaufbau, sondern unterstützt die Länder der Region auch bei der Implementierung und Operationalisierung von Klein- und Leichtwaffenkontrollmechanismen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Weder in Argentinien selbst noch in den angrenzenden Staaten Chile, Bolivien, Uruguay, Paraguay und Brasilien sind alliierte Streitkräfte stationiert.

Bis heute ist die Gefahr eines militärischen Konfliktes zwischen Argentinien und dem Vereinigten Königreich nicht komplett ausgeschlossen. Im Falkland-Krieg, der 1982 zwischen beiden Ländern ausbrach und bei dem auf beiden Seiten Waffen aus NATO-Ländern eingesetzt wurden (etwa belgische FN-FAL Gewehre und französische Exocet Raketen), spielten deutsche Waffen keine nennenswerte Rolle.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Argentinien ist allen wesentlichen Abkommen zur Abwehr und Bekämpfung von Terrorismus beigetreten. In den 1990ern wurden in Argentinien zwei Bombenanschläge gegen jüdische Einrichtungen verübt – seitdem kam es aber zu keinerlei terroristischen Angriffen. Daher kann die Terrorismusgefahr als gering eingestuft werden. Vor dem Hintergrund der Militärdiktatur, die jegliche Opposition als „terroristisch“ einstufte und so ihr hartes Vorgehen gegen sie legitimierte, sind nationale Anti-Terror-Gesetze ein sensibles Thema in Argentinien. Daher wurde nach der Rückkehr zur Demokratie im August 1984 das „Gesetz zur Verteidigung der Demokratie“ verabschiedet, das den rechtlichen Handlungsspielraum künftiger Regierungen begrenzen sollte. Erst auf Druck der USA wurden infolge der Anschläge vom 11. September 2001 auch in Argentinien nationale Gesetze gegen Terrorismus reformiert. In diesem Zuge wurden bestehende Gesetze u. a. um den Tatbestand „Terrorismusfinanzierung“ und Zugehörigkeit zu einer „illegalen terroristischen Vereinigung“ erweitert. Mit einem 2011 verabschiedeten Anti-Terrorismus-Gesetz wurde der legale Rahmen weiter verschärft: Bei Taten, die als terroristisch eingestuft werden, wurde die Mindest- und Höchststrafe verdoppelt. Problematisch an diesem Schritt ist, dass diese Verschärfung nicht auf terroristische Gewalttaten beschränkt ist, sondern auf jeden Straftatbestand angewendet werden kann.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Argentinien ist nicht nur den wesentlichen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten, sondern kooperiert auch mit angrenzenden und europäischen Staaten bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität. Im Einklang mit diesem Engagement gibt es zwar einen adäquaten legislativen Rahmen, um gegen organisierte Kriminalität vorzugehen, die Implementierung bleibt jedoch lückenhaft. Die geographische Lage – gemeinsame Grenzen mit drogenproduzierenden Ländern wie Bolivien und Paraguay und wichtigen Ländern für organisierte Kriminalität wie Brasilien und Uruguay – sowie die starken (Handels-)verbindungen zu Europa machen Argentinien zu einem wichtigen Transitland. So hat das Land mit organisierter Kriminalität, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel zu kämpfen.

Insbesondere die Drogenkriminalität hat in der letzten Dekade zugenommen. Argentinien ist nicht mehr nur Transit-, sondern auch Abnehmer- und Exportland von Drogen – vornehmlich Cannabis und Kokain. Cannabis ist die am meisten verbreitete Droge im Land, doch auch der Konsum von Kokain hat sich seit 2010 verdreifacht. Ein [Bericht](#) der Inter-American Drug Abuse Control Commission stuft Argentinien – zusammen mit Uruguay – nach den USA als Land mit dem zweithöchsten Verbrauch von Kokain pro Person ein. Auch wenn Drogenkartelle in Argentinien nicht so präsent sind wie in anderen Ländern der Region, haben sich in den letzten Jahren mafiaähnliche Familienclds etabliert, die insbesondere im Drogen- und Waffenhandel tätig sind. Hinzu kommen transnationale Netzwerke, welche in Argentinien seit den 2010ern zunehmend aktiv sind. Vor allem mexikanische und kolumbianische Kartelle werden mit der zunehmenden Gewalt im argentinischen Drogenhandel in Verbindung gebracht.

Auch der Schmuggel von Waffen nimmt zu. Aufgrund seiner Lage, durchlässiger Grenzen und den direkten Seeverbindungen nach Europa hat Argentinien an Attraktivität für den Waffenhandel gewonnen und wird dem [Global Organized Crime Index](#) zufolge von Gruppen der organisierten Kriminalität als Bindeglied für den Waffenhandel genutzt. So werden angeblich Waffenteile aus Europa und den USA in Argentinien zusammengebaut, durch Paraguay geschmuggelt und dann an brasilianische kriminelle Organisationen verkauft.

Ab den späten 2000er Jahren wurde Argentinien auch mehr und mehr zu einer regionalen Drehscheibe für Menschenschmuggel. Im Jahr 2008 verabschiedete Argentinien daher ein

Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels, was in den folgenden Jahren zu einem starken Anstieg sowohl der Zahl der geretteten Opfer als auch der Anklagen gegen Involvierte führte. Trotz dieser Bemühungen bleibt der Menschenhandel ein Problem. Noch immer werden Menschen – darunter auch Minderjährige – sowohl als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und in Sweatshops ausgebeutet als auch zwangsprostituiert. Dies ist dabei ein nationales und ein transnationales Problem: So werden sowohl Menschen aus ländlichen Gebieten in die argentinischen Städte verschleppt als auch Frauen und Mädchen in die Nachbarländer und nach Westeuropa. Gleichzeitig werden Männer und Frauen aus Paraguay, Brasilien, Bolivien und Peru für Zwangsarbeit und -prostitution nach Argentinien gebracht.

Auch Geldwäsche ist ein großes Problem in Argentinien: 2010 listete die Financial Action Task Force das Land auf ihrer „gray list“. Seitdem gilt das Vorgehen gegen Geldwäscherei als eine der Prioritäten des Staatsapparates, dennoch ist der Erfolg des staatlichen Vorgehens laut des [International Narcotics Control Strategy Report](#) des US-Außenministeriums von 2021 limitiert. Strukturelle Defizite sowie die Korruption des Justizsystems führen auch hier zu einer verringerten Effizienz der Maßnahmen.

Zwar gibt es im argentinischen Justizsystem eine Einheit, die sich explizit der Bekämpfung von organisierter Kriminalität widmet. Wie aber bereits oben angedeutet, ist die Implementierung von bestehenden Gesetzen lückenhaft. Politische Interventionen und Korruption unter Beteiligung der Justiz unterminieren eine effektive Bekämpfung dieser. Im Vorgehen gegen organisierte Kriminalität ist insbesondere die Korruption in Argentinien ein zentrales Hindernis.

Unter dem damaligen Präsident Mauricio Macri wurde seit 2015 ein hartes Vorgehen gegen die organisierte Kriminalität praktiziert. Er verschärfte die Drogen- und Sicherheitspolitik und intensivierte das Vorgehen gegen Drogenkriminalität: Die Ausrufung eines „Sicherheitsnotstandes“ und die Autorisierung zum Abschuss verdächtiger Drogenflugzeuge waren erste Initiativen zur Bekämpfung des Drogenhandels. Als Antwort auf die eskalierende Gewalt in Rosario deutet sich auch eine Richtungsänderung in der Politik unter Präsident Fernández an: Im März 2023 hat dieser eine mehrgleisige Strategie gegen die organisierte Kriminalität ins Leben gerufen. Sein Plan umfasst die Entsendung von Armee- und Sicherheitskräften sowie die Etablierung einer neuen Delegation zur Bekämpfung der Geldwäsche. Im März hat der argentinische Sicherheitsminister zudem 575 zusätzliche Sicherheitskräfte in die Region entsandt, um gegen den Drogenhandel und die damit verbundene Gewalt vorzugehen. Insbesondere die Entsendung der Streitkräfte bedeutet eine Militarisierung des staatlichen Vorgehens gegen organisierte Kriminalität. Sie wird mit Verweis auf das mit ihr einhergehenden Eskalationsrisikos von zivilgesellschaftlichen Gruppen wie dem Zentrum für rechtliche und soziale Studien (Centro de Estudios Legales y Sociales) kritisiert.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Argentinien reichte seit 1992 lediglich in den Jahren 2006 und 2013 bis 2015 keine Berichte über Im- und Exporte von Großwaffensystemen an das [UN-Waffenregister](#) ein. Auch an das [UN-Melderegister über Militärausgaben](#) erstattete Argentinien fast jedes Jahr Bericht. Als Mitglied des [Arms Trade Treaty](#) reichte das Land zudem einen Initialbericht sowie jährliche Berichte ein und erstattete auch seit 2003 sehr regelmäßig im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons Bericht an die Vereinten Nationen.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Der Endverbleib von gelieferten Waffen und Rüstungsgütern kann in Argentinien nicht immer sichergestellt werden. Zwar verfügt das Land dem [Ammunition Management Advisory Team](#) (AMAT) zufolge über effiziente Kapazitäten für das Waffen- und Munitionsmanagement, Korruption ist in den nationalen Sicherheits- und Streitkräften aber weit verbreitet. So schätzt der [Government Defence Integrity Index](#) das Risiko der Korruption in allen Institutionen der Streitkräfte als hoch ein. In der Konsequenz erhöht dies auch die Wahrscheinlichkeit für Entwendungen von Waffen aus staatlichen Beständen.

Gleichzeitig gibt es [Berichte](#) über illegale Waffenlieferungen von Argentinien nach Bolivien während der Unruhen 2019 in Bolivien, welche zum Rücktritt des bolivianischen Präsidenten Evo Morales führten. Die gelieferten Waffen und Munition sollen der bolivianischen Polizei und Luftwaffe zur Verfügung gestellt worden sein. Einheiten dieser waren u. a. an der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste in Sacaba und Senkata beteiligt, welche mehrere Tote zur Folge hatten. Der damalige argentinische Präsident Macri und andere Regierungsmitglieder sollen in die Lieferungen involviert gewesen sein, weshalb der Fall nun in Argentinien strafrechtlich untersucht wird.

Argentinien hat in der Vergangenheit bereits mit der Ausfuhr von Waffen auch gegen internationale Vereinbarungen verstoßen – diese Vorfälle liegen aber bereits 30 Jahre zurück. So wurden unter dem damaligen Präsidenten Menem zwischen 1991 und 1995 Waffen an Kroatien geliefert, das damals wegen des Krieges in Jugoslawien unter einem UN-Waffenembargo stand. Im gleichen Zeitraum hat das Land Waffen an Ecuador geliefert. Auch diese Lieferung verstieß gegen internationale Verpflichtungen: Argentinien war aufgrund eines Friedensabkommens Waffenlieferungen nach Ecuador untersagt und das Land gehörte zu den offiziellen Friedensgaranten zwischen Ecuador und Peru, die sich 1995 in einem bewaffneten Konflikt befanden. Die Lieferungen umfassten mehr als 6000 Tonnen Material. Unterschiedlichen Angaben zufolge handelte es sich dabei wohl um Gewehre, Panzerabwehrraketen, Mörser, Landminen, Granaten, Flugkörper und Munition.

In der Vergangenheit hat Deutschland wiederholt Exporte nach Argentinien mit Verweis auf das Kriterium 7 des Gemeinsamen Standpunkt der EU für Waffenexporte (Risiko der

Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen) abgelehnt. So wurde etwa 2016 die Lieferung von Handfeuerwaffen abgelehnt. Erst 2021 wurde erneut die Lieferung von Teilen für gepanzerte Fahrzeuge und Kampfpanzer mit Verweis auf das Kriterium 7 abgelehnt. Gleichzeitig lieferte Deutschland wiederholt Klein- und Leichtwaffen sowie Großwaffensysteme nach Argentinien.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Argentina was in a state of almost permanent crisis mode throughout the period under review, with economic and political turbulence overlapping until the start of the 2023 election year. The deep economic crisis that President Alberto Fernández's government inherited from his predecessor Mauricio Macri (2015 – 2019) was compounded by the pandemic crisis, the consequences of which were felt at least into 2022. While the end of the lockdown in the first half of 2021 provided an opportunity to engage in at least temporary cooperation between the moderate left and the moderate right, that moment passed, and the so-called grieta – the rift between the political currents – has tended to deepen since then. Economic imbalances remained a constant challenge, while the poor management of the center-left Frente de Todos (FdT, Everyone's Front) government contributed to its further weakening in the October 2021 mid-term elections. Although victorious, the opposition Juntos por el Cambio (JxC, Together for Change) also presents a rather dismal picture due to internal squabbles and the lack of a common discourse.

[...]

Accordingly, in terms of economic transformation, the division within the government also had fatal consequences for the necessary mix of sound macroeconomic policies. After reaching an agreement with external bondholders in 2020 to restructure about \$65 billion in sovereign debt, the government agreed with the IMF in March 2022 on a \$45 billion program to defer impending debt payments while the country seeks to implement an agreed-upon economic program. This was done despite fierce opposition from the radical Peronist faction in the government and Congress. The new agreement has significantly reduced uncertainty about short-term macroeconomic policy, but future radical Peronist support for the agreement is uncertain, and the external situation remains unstable. As a result of internal pressures, Fernández dismissed Economy Minister Guzmán, one of his most loyal allies, in July 2022 and appointed "super-minister" Sergio Massa in August, who has had initial success in stabilizing the exchange rate and federal reserves. Nonetheless, the persistent lack of consensus within the government has undermined efforts to restore the market and the public confidence needed both inside and outside the country to help Argentina out of the crisis.

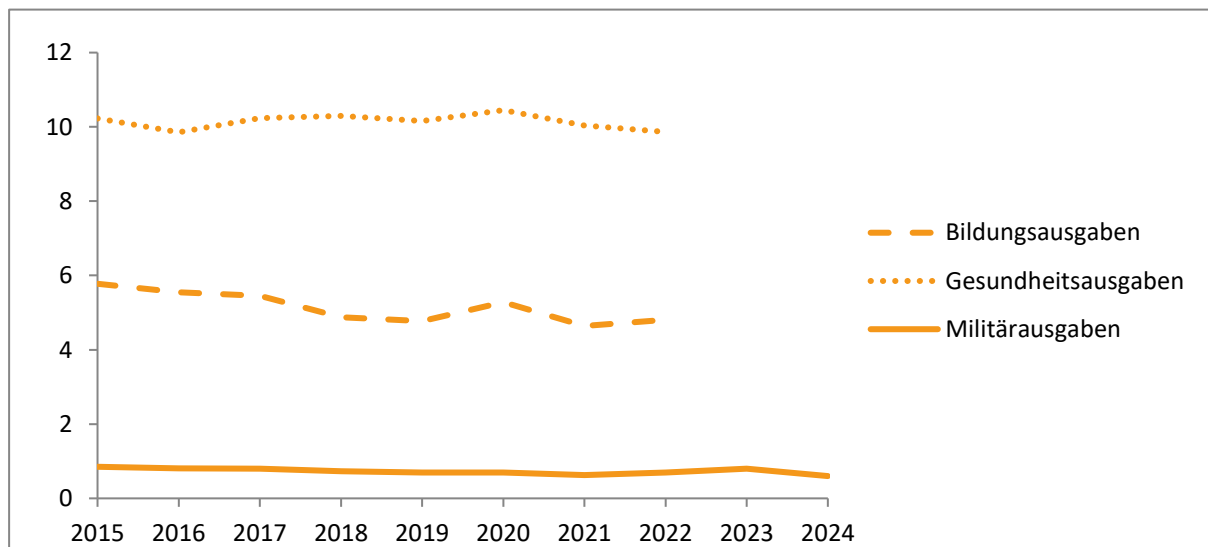
Quelle: <https://atlas.bti-project.org/https://bti-project.org/en/reports/country-report/ARG>

Tabelle 16**Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4029	3968	4459	4882	3913
Militärausgaben/BIP	0,7	0,6	0,7	0,8	0,6
Gesundheitsausgaben/BIP	10,5	10,0	9,9	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,3	4,6	4,8	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5**Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)**

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17**Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe**

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	299354	275475	266760	266900	266167
Anteil am BIP (in Prozent)	66,9	71,4	54,8	42,2	41,2
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	-90,43	46,21	53,57	29,38	-
Net ODA (% of GNI)*	-0,02	0,01	0,01	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	9,7	23,25	10,87	5,89	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio. US\$) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	64,4	64,8	58	62,7	56,5
Index-Platzierung	124	122	134	124	134

Tabelle 19**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2019	2020	2021	2022	2023
Bolivien	Militarisierungswert	101,6	99,3	97,5	89,6	87,7
	Index-Platzierung	76	82	84	89	93
Brasilien	Militarisierungswert	75,2	73,1	70,4	68,7	68,3
	Index-Platzierung	111	113	115	117	116
Chile	Militarisierungswert	124,1	126,1	114,3	112,7	114,1
	Index-Platzierung	55	52	59	59	61
Paraguay	Militarisierungswert	68,8	69,4	61,7	59,1	60,6
	Index-Platzierung	120	119	127	129	128
Uruguay	Militarisierungswert	135,7	138,1	137,9	133,5	136,3

	2019	2020	2021	2022	2023
Index-Platzierung	43	41	41	43	41

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2020	2021	2022	2023	2024
Bolivien	Militärausgaben (absolut)	536	559	439	589	629
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,3	1,0	1,3	1,4
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	25022	23699	22215	21788	21693
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,1	1,1	1,0	1,0
Chile	Militärausgaben (absolut)	6212	5643	5207	5470	5521
	Militärausgaben/BIP	2,1	1,6	1,5	1,6	1,6
Paraguay	Militärausgaben (absolut)	407	392	366	398	413
	Militärausgaben/BIP	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Uruguay	Militärausgaben (absolut)	1470	1616	1459	1511	1715
	Militärausgaben/BIP	2,1	2,3	2,0	2,1	2,3

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,861	0,851	0,847	0,858	0,865

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/ARG>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung:

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 12.520 US-Dollar (2023) zählt Argentinien zu den Ländern mit einem gehobenen, mittlerem Einkommensniveau. Argentiniens Verschuldung ist jedoch sehr hoch. Auf dem Global Competitiveness Index von 2019 liegt Argentinien mit 57,2/100 Punkten im Mittelfeld. Insgesamt ist Argentinien im Bereich der sozialen Entwicklung im regionalen und globalen Vergleich sehr positiv zu bewerten. Argentinien ist mit einem Wert von 0,849 Punkten dem Human Development Index (HDI) zufolge jenen Ländern zuzuordnen, die über ein sehr hohes Maß an „menschlicher Entwicklung“ verfügen. Rüstungsimporte sind auf Basis von Kriterium 8 zunächst als „nicht kritisch“ zu bewerten. Ob der sich zuspitzenden wirtschaftlichen Krise des Landes, politischen Spannungen, und den Fällen von unerlaubter Wiederausfuhr sollten diese aber dennoch kritisch geprüft werden.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Argentinien gehört laut Weltbank zu den Ländern mit einem gehobenen, mittlerem Einkommensniveau – das Pro-Kopf-Einkommen liegt 2023 bei 12.520 US-Dollar. Zwar gehört das Land nicht zu den Heavily Indebted Poor Countries (HIPC), die Verschuldung beim Internationalen Währungsfonds (IWF) ist jedoch sehr hoch. Argentinien schuldet dem IWF im Rahmen des Rettungspakets von 2018 noch 40 Mrd. USD und hat Anfang 2022 einen weiteren Kredit in Höhe von 44 Mrd. USD aufgenommen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Staatsverschuldung gemessen am BIP betrug 2022 84 Prozent, für das Jahr 2023 wird sie auf 76 Prozent geschätzt. Dies bedeutet zwar eine leichte Abnahme, ist aber immer noch in einem hohen Bereich. Auf dem Competitiveness Index, der die Fähigkeit von Ländern misst, ihren Bürger:innen ein hohes Maß an Wohlstand zu bieten, erreicht Argentinien 2019 einen Wert von 57,2/100 Punkten. Dies entspricht einem Ergebnis im unteren Mittelfeld – Argentinien landete mit diesem Wert auf Rang 83, Deutschland erreichte im selben Jahr Rang 7.

Argentinien hat nach Brasilien die zweitgrößte Nationalwirtschaft in Südamerika, diese ist breit aufgestellt. So gehört Argentinien weltweit zu den führenden Exporteuren von landwirtschaftlichen Produkten, der Anteil der Fischerei, Land- und Forstwirtschaft macht 6,6 Prozent (2022) am gesamten BIP aus. Dies ist ein relativ geringer Anteil. Die Industrie des Landes ist diversifiziert und 2019 rangierte das Land laut Weltbank auf Platz 31 der weltweit wertvollsten Industrien (gemessen am Gesamtwert der Produktion). Jedoch lag 2019 Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation zufolge der Anteil der Menschen, die im informellen Sektor arbeiten bei 49,4 Prozent. Darüber hinaus hat das Land seit Jahrzehnten mit wirtschaftlicher Instabilität zu kämpfen. Bereits seit den 1980ern befindet sich Argentinien immer wieder in wirtschaftlichen Krisen, die Inflation setzt der Wirtschaft überdies stark zu. Krisen wie die COVID-19-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine haben die Lage weiter zugespitzt. Die Inflationsrate stieg bereits im Juli 2022 mit 70 Prozent auf den Höchstwert seit drei Dekaden und hat im Februar 2023 die 100 Prozent-Marke durchbrochen. Die Inflation lag im Juli 2024 mit 263,5 Prozent den achten Monat in Folge bei über 200 Prozent. Auch die kontinuierliche Abwertung des argentinischen Pesos gegenüber dem US-Dollar betrifft dabei vor allem die mittleren und unteren Einkommensschichten. Dies vergrößert die Schere zwischen Arm und Reich weiter.

Argentinien hat im Jahr 2022 etwa 153 Millionen US-Dollar Entwicklungshilfen erhalten. Auch wenn dies einen deutlichen Anstieg zu den letzten Jahren bedeutet (2020: 102 Mio.,

2019: 8,89 Mio., 2018: 73 Mio.), machen die Entwicklungshilfen gemessen am Bruttonationaleinkommen deutlich weniger als 1 Prozent aus – und haben damit keinen signifikanten Einfluss auf die nationale Wirtschaft.

Soziale Entwicklung

Insgesamt ist Argentinien im Bereich der sozialen Entwicklung im regionalen und globalen Vergleich sehr positiv zu bewerten. Einige der Werte weisen allerdings eine (leichte) Negativtendenz auf, was auch auf die wirtschaftlichen Probleme des Landes zurückzuführen ist. Argentinien ist mit einem Wert von 0,849 Punkten, dem Human Development Index (HDI) zufolge, der HDI-Kategorien ein Land mit einer „sehr hohen menschlichen Entwicklung“. Damit gilt Argentinien als eines der am weitesten entwickelten Länder der Region (zum Vergleich: Bolivien (0,698), Brasilien (0,760), Paraguay (0,731) und Uruguay (0,830)). Lediglich Chile weist mit 0,860 einen höheren Wert auf. Auch ein Blick auf den Gender Development Index untermauert diesen Eindruck. Das United Nations Development Program (UNDP) attestiert einen Wert von 0,995. Dies bedeutet, dass es kaum geschlechtsspezifische Unterschiede beim Zugang zu Gesundheit und Bildung sowie der Verfügungsgewalt über wirtschaftliche Ressourcen gibt. Damit schneidet Argentinien besser ab als z. B. Deutschland.

In anderen Bereichen der Gesellschaft gibt es dagegen große Disparitäten, insbesondere der Wohlstand ist in Argentinien sehr ungleich verteilt. Mit einem Gini-Koeffizienten von 40,7 für das Jahr 2022 liegt Argentinien im bedenklichen Bereich. Aufgrund der wirtschaftlichen Probleme des Landes könnte diese Schere weiter auseinandergehen. Dem [Sustainable Development Report](#) zufolge steht Argentinien hinsichtlich der Erreichung von Sustainable Development Goal (SDG) 10 („reduced inequalities“) vor erheblichen Herausforderungen bei einem sich gleichzeitig verschlechternden Score. So besaßen 2021 10 Prozent der Bevölkerung [58,2 Prozent](#) des nationalen Reichtums. Dagegen steigt der Anteil jener Menschen, die laut der UN von extremer Armut betroffen sind – das heißt, von maximal 2,15 US-Dollar am Tag leben – seit einigen Jahren an. Waren es 2017 noch 0,6 Prozent, waren es 2020 bereits 1,2 Prozent der Argentinier:innen. 2022 lag der Wert jedoch wieder bei 0,6 Prozent. Der Anteil der arbeitslosen Menschen ist mit 6,8 Prozent im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr (8,7 Prozent) zwar wieder gesunken, die Jugendarbeitslosigkeit liegt jedoch 2022 mit einem Wert von 19 Prozent im bedenklichen Bereich.

Argentinien wendet zwar recht viele Ressourcen für sein Gesundheitssystem auf (2020 waren es 9,98 Prozent gemessen am BIP), dieses besteht aber eigentlich aus drei unterschiedlichen Systemen, welche in Bezug auf Leistungen stark variieren. So existieren ein staatliches, ein von den Gewerkschaften getragenes und ein privates Gesundheits- und Versicherungssystem parallel. Etwa 36 Prozent der Bevölkerung sind über das staatliche System, 60 Prozent über das gewerkschaftliche und etwa 13 Prozent privat versichert. Angebot und Leistung der Gesundheitsangebote variieren dabei nicht nur nach staatlicher, gewerkschaftlicher oder privater Verortung, sondern vor allem auch auf regionaler Ebene stark. Dies verhindert einen gerechten und gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Dennoch schneidet Argentinien mit durchschnittlich fünf Krankenhausbetten pro 1000 Einwohner:innen (2017) sowie 4,1 Ärzt:innen pro 1000 Einwohner:innen (2020) recht gut ab. Auch die Müttersterblichkeit mit 39/100.000 (2017) sowie die Kindersterblichkeit mit 5/1000 (2021) liegen deutlich unter dem globalen Durchschnitt (211/100.000 bzw. 38/1.000). Im Rahmen der COVID-19-Pandemie haben sich dennoch – wie nahezu überall auf der Welt – die Schwächen des Systems offenbart; bis Mai 2023 sind der [WHO](#) zufolge 130.472 Menschen infolge der Infektion in Argentinien gestorben. So ist die Lebenserwartung in den letzten Jahren leicht

gesunken – lag sie bis 2019 noch bei 77 Jahren, wurde sie 2020 nur noch auf 76 Jahre geschätzt. Argentinien ist dem Globalen Militarisierungsindex 2023 zufolge im regionalen Vergleich verhältnismäßig gering militarisiert (Rang 134), alle angrenzenden Staaten weisen einen deutlich höheren Militarisierungsgrad auf (s. Tabelle 19).

Mit einem hohen Maß an menschlicher Entwicklung, einer – trotz einiger Herausforderungen – noch tragenden Wirtschaft sowie einer im regionalen Vergleich geringen Militarisierung sind Rüstungsimporte vor dem Kriterium 8 als „nicht kritisch“ zu bewerten. Ob der sich zuspitzenden wirtschaftlichen Krise des Landes, politischen Spannungen, und den Fällen von unerlaubter Wiederausfuhr sollten diese aber dennoch kritisch geprüft werden.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM August 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

